

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M., im voraus zahlbar. Die Postbezüge werden durch die Postanstalten befördert und gegen. Unter Streifenbogen bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Mittel- und Ost-Europa, die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 10 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 50.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inserentensteuer. Kleine Anzeigen: Das letzte druckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inserentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das letzte druckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Stunde drängt zur Entscheidung!

Stegerwald greift die Reichsregierung an.

Kampfanfrage

Die Situation drängt zur Entscheidung. Die bayerischen Kahrparteien sind es, die sie provozieren. Anders ist es nicht zu verstehen, daß sie den Bericht des Staatskommissars Weismann zum Wort wand nehmen, um gegen die Reichsregierung erneut zum Sturm zu rufen.

Dabei ist es bezeichnend, daß die Regierung Stegerwald-Dominicus, den Bayern zu Hilfe zu kommen, einige Lust verspürt. Das ist der politische Sinn der gewundenen und zweideutigen Erklärung, die sie der Öffentlichkeit vermittelt. Denn Herr Stegerwald ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß es jetzt gar nicht auf den staatsrechtlichen Kram ankommt, sondern auf ein ganz anderes. Und das ist das, daß nicht erst durch den Bericht Weismanns, sondern durch das Zugeständnis des bayerischen Staatskommissars Dr. Schweger bestätigt wird, was wir selbst immer wieder gemeldet hatten, daß Ehrhardt in Bayern in direkter Verbindung mit Kahr und Pöchner gestanden hat. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob das vor oder nach dem Erlaß des Steckbriefes war. Denn daß Ehrhardt ein Hochverräter war, daß er diesen Hochverrat in Bayern fortsetzte, das wußten Kahr und Pöchner zur Zeit ihres Verlehrs sehr genau. Und das ist das allein Entscheidende. Wenn nun Herr Stegerwald das Bedürfnis fühlt, Dr. Wirth sein Bedauern auszusprechen, so stellt er sich damit in einem Moment gegen die Reichsregierung und auf die Seite Kahrs, in dem die Kahr-Parteien eine neue Offensive gegen das Reich und die republikanische Verfassung anfangen.

Diese Offensive ist eingeleitet durch die Rede des Sozialministers Oswald in einer der Demonstrationsversammlungen der bayerischen Volkspartei, in der er die Parole zurück zu Kahr, ausgab. Sie wird fortgesetzt durch die Anträge, die die bayerische Volkspartei im Landtag eingebracht hat. Sie lauten:

I. Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Staatspräsidenten an der Spitze der Staatsregierung vorsieht, dem insbesondere das Recht zusteht, im Rahmen der Bestimmungen der Reichsverfassung und des § 50 der bayerischen Verfassung Bayern nach außen hin zu vertreten, gemeinsam mit dem Präsidenten des Landtages die Staatsverträge und Landesgesetze auszufertigen und zu verkünden, dem Landtage die Vorschlagsliste der Minister zu unterbreiten und sie im Einverständnis mit dem Landtage zu berufen, die Beamten im Sinne des § 61 Ziff. 4 Satz 2 der bayerischen Verfassung zu ernennen und Entlassungen im Sinne des § 51 Abs. 2 der bayerischen Verfassung ergehen zu lassen.

II. Der Landtag wolle beschließen: Die bayerische Staatsregierung wolle durch ihren Vertreter im Reichsrat eine Gesetzesvorlage beantragen, nach der gemäß Artikel 48 Abs. 5 der Reichsverfassung die dem Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 Abs. 2 verliehenen Machtbefugnisse dahin beschränkt werden, daß sie in kein Hoheitsrecht eines Landes eingreifen dürfen, daß insbesondere der Vollzug eines vom Reichspräsidenten jeweils unabhängigen Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibt und lediglich im Falle der Weigerung einer Landesregierung ihm das Recht zusteht, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen.

Der Antrag, einen Staatspräsidenten einzusetzen, erhält noch dadurch eine besondere Bedeutung, daß dieses Amt Herrn von Kahr zugeordnet ist, falls er die Befugnis als Ministerpräsident ablehnen würde. Es braucht nicht erst ausführlich betont zu werden, daß die Einrichtung eines Staatspräsidenten unter den augenblicklichen Verhältnissen in Bayern geradezu als Vorstufe für die Wiederherstellung der Monarchie gedacht ist. Zugleich bedeuten beide Anträge einen Schlag gegen die Verfassung, gegen die Einheit des Reichs und den Versuch, Bayern eine Sonderstellung zu verschaffen und den Ausnahmezustand zu retten.

Die Kampfanfrage ist also von Bayern her erfolgt. Weber die Bedeutung darf man sich nicht täuschen. Die Reichsregierung, die die Notwendigkeit der Beseitigung des Ausnahmezustandes und des Kampfes gegen die Reaktion proklamiert hat, hat jetzt nur zwei Möglichkeiten: entweder den Kampf aufzunehmen oder zurückzutreten. Der Rücktritt der Reichsregierung in einem solchen Momente würde die

völlige Kapitulation vor der Reaktion, den Sieg der deutschen nationalen bedeuten. Daß das außen- und innenpolitisch unerträglich wäre, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Die Arbeiterschaft wird unter keinen Umständen kampflös den Platz räumen. Die Situation ist verschärft. Für die Arbeiterschaft ist das Zeichen zur erhöhten Kampfbereitschaft. Von der Regierung fordern wir, endlich zu handeln! Der nächste Schritt heißt: sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes!

Stegerwald gegen die Reichsregierung

Die Preussische Staatsregierung veröffentlicht folgende Erklärung:

In der von dem Herrn Reichskanzler am 15. d. M. im Ausschuh des Reichstags verlesenen Niederschrift, die der preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Herrn Reichskanzler auf dessen Wunsch übergeben hat, ist von Ermittlungen die Rede, die in Bayern von dem Staatskommissar veranlaßt worden sind. Diese Ermittlungen haben im Mai 1920, und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung stattgefunden. Zur Erklärung hierfür dient, daß der preussische Staatskommissar für öffentliche Ordnung seit Bestehen der Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wird und von diesen Aufträge empfängt; das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung war zudem damals erst im Entstehen begriffen.

Das preussische Staatsministerium hat von den durch seinen Staatskommissar angestellten Ermittlungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Herrn Reichskanzler im Reichstagsauschuh Kenntnis erhalten.

Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines seiner Organe in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden war. Es bedauert weiter, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht worden ist, bevor die Regierung des betreffenden Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

Gegen die Hehrede des Oswald

Ein gebrandmarkter Verleumder

Berlin, 17. September.

Der bayerische Sozialminister Oswald hat nach vorliegenden Zeitungsberichten in überaus scharfer Weise die Reichsregierung und insbesondere den Reichskanzler in einer öffentlichen Rede in München angegriffen. Zu den einzelnen Auslassungen des bayerischen Ministers wird vorläufig amtlich folgendes erklärt:

Herr Minister Oswald spricht davon, daß der „Berliner Wagen“ sich bereits nach dem bayerischen Budgetrecht setze und dieses dem Berliner Wagen einverleiben wolle, Berlin werde in diesem Bestreben von einer „außereuropäischen Stelle“ unterstützt; der Grund zu diesem Vorgehen des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Etats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Herr Oswald fordert selbst den Reichskanzler zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf. Dies geschieht hiermit.

Der Reichsregierung ist von solchen Plänen und Absichten nichts bekannt; diese würden auch der Auffassung des Reichskanzlers in keiner Weise entsprechen. Die Gerüchte, die der Minister Oswald vorzeitig weitergegeben, sind frei erfunden und gehören in das Gebiet jener tendenziösen Verleumdungen, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt werden, um die Reichsregierung zu diskreditieren.

Auch an einer anderen Stelle seiner Rede hat der Minister Oswald davon gesprochen, daß die Regierungspolitik unter Einflüssen von außen stehe. Eine solche Unterstellung entspricht nicht den Tatsachen und muß im Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden.

Ferner hat Minister Oswald in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die „bayerische Verkehrs-, Finanz- und Heereshoheit verschachtelt“. Die Abgrenzungen der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reich sind in der Weimarer Verfassung festgelegt. Alle späteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen, an denen Bayern sowohl durch seine Volkssouveränität als auch durch seine Staatsorgane mitgemittelt hat. Es kann also billigerweise nicht von einem einseitigen Akt der Reichsregierung, geschweige denn von einer Verschachtelung bayerischer Rechte die Rede sein. Im Gegenteil, bei der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich ist, wie jedem in den Gang der damaligen Verhandlungen Eingeweihten bekannt ist, auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden.

Ferner hat Minister Oswald mit Bezug auf das Abkommen von Spa die Behauptung aufgestellt, dort seien die bayerischen Einwohnerwehren von der Reichsregierung verschachtelt und den Bayern die Ententevertreter auf den Hals geschickt worden. Es ist jedermann bekannt, daß die Annahme des Abkommens von Spa unter dem Druck der Entente zustande gekommen ist. Wie man auf solches Abkommen den von Minister Oswald beliebigen Ausdruck „verschachteln“ anwenden kann, ist unerfindlich.

Die neuesten Auseinandersetzungen, die zwischen dem Reich und Bayern wegen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. August 1921 stattfinden, hat Minister Oswald dahin charakterisiert, daß die Reichsregierung dabei den „starken Mann“ spielen wolle. Die Reichsregierung glaubt, durch ihr Verhalten, ebenso wie durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen genügend dargetan zu haben, daß sie den Konflikt zu vermeiden und den Weg der Verständigung zu beschreiten gewillt ist.

Wie gelogen wird

Der „Berliner Lokalanzeiger“ ließ sich gestern aus München melden, daß ein Staatssekretär in Berlin in amtlichem Auftrage einen Entwurf zu einem deutschen Einheitsstaat ausgearbeitet hat, in dem die Bundesstaaten unter Aufhebung ihrer Regierungen und Landtage, unter Gewährung einer Selbstverwaltung in Verwaltungsbezirken verwandelt werden, und zwar angeblich auf Verlangen der Entente, um Kosten im Interesse der sonst unmöglichen deutschen Reparationszahlungen zu sparen. Im Anschluß an diese Meldung wurden die deutschen Länder und „Stämme“ aufgefordert, sich „um des von Bayern vorangetragene Bundesbanner“ zu scharen.

Wenn das Berliner Stinnesblatt nur einen Funken von nationalistischem Instande behälte, von dem in diesem Blatte so oft betonten vaterländischen Pflichtgefühl gar nicht zu reden, so würde es sofort gemerkt haben, daß diese Meldung ein ausgelegter Schwindel ist. Die Reichsregierung, die hier beschuldigt wird, die Interessen des deutschen Volkes an die Entente zu verschachern, würdigt diese Lüge der Ehre einer Widerlegung. Man steht aber hierin wieder, daß selbst eine bürgerliche Regierung vor dem Vorwurf des Hoch- und Landesverrats nicht geschützt ist, wenn sie nicht in allen Stücken den reaktionären Kreisen zu Willen ist.

Die Kahrlisten als monarchistische Plahhalter

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 17. September.

Der von der bayerischen Volkspartei in einem Antrag an den bayerischen Landtag geforderte Staatspräsident für Bayern soll der von den Deutschennationalen und von den Kahrlisten in der bayerischen Volkspartei längst ersehnte Plahhalter für einen künftigen bayerischen König sein. Durch diesen Antrag wird der Kajenthalt von Kahr in Verlesung gebracht in ein besonderes Licht gerückt. Die Kahrlisten sind immer noch eifrig bemüht, Kahr zur Uebernahme des Regierungs- und Präsidentenpostens zu bewegen.

Schnelle Justiz

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 17. September.

Die Verhandlungen gegen den Abgeordneten Gnossen (Fischer) wegen Aufforderung zum Hochverrat findet bereits Sonntag vor dem Volksgericht (Ausnahmegericht) statt, um zu verhindern, daß am Mittwoch das Plenum des Landtages die vorläufige Einstellung des Verfahrens beschließt. Der Verteidigung ist nicht einmal Zeit gelassen, die notwendigen Entlastungszeugen gerichtlich laden zu lassen.

Bayerische Mörderverherrlichung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 17. September.

Die Münchener Karisten-Presse, voran die „Münchener Neuesten Nachrichten“, macht den Versuch, die oberbayerischen Freiwilligen und die Angehörigen der Ehrhardtbrigade als Nationalhelden darzustellen. Die ganze Schuld der Verbrüderung dieser Leute gegen die neuen Zustände wird der Revolution in die Schuhe geschoben. Die Karpisten werden als „Männer mit reinem Herzen“ dargestellt, die auf ihre Weise dem Vaterland helfen wollten. Die Brigade Ehrhardt sei keine Mörderbande, sondern es seien Männer, wie sie der neue Staat haben mußte. Die als Verbrecherbande dargestellte oberbayerischen Freikorps seien junge Idealisten gewesen. Das Blatt vergißt aber, daß manche von diesen „Idealisten“ ihre Kameraden ermordet haben, wenn sie sie nicht mehr für ganz „unverfälscht“ in ihrem Sinne hielten. Den Mörder Ehrhardts gegenüber betont das Blatt, daß es überzeugt sei, von ihrem ehrlichen Glauben: patriotische Pflicht verlange von ihnen diese Tat.

(Siehe auch Seite 3.)

Keine Täuschungsmanöver!

Der Kampf um die Erfassung der Sachwerte

Gestern haben neue Verhandlungen stattgefunden über die Art und Weise, wie die Industrie und die übrigen Wirtschaftszweige dem Reich Goldwerte zur Verfügung stellen können, um die Zahlungen für die nächsten Reparationsleistungen zu sichern. An den Verhandlungen waren hauptsächlich die Banken beteiligt. Was über diese Verhandlungen verlautet, klingt nicht sehr vielversprechend. Zwar sprachen die Banken ihre prinzipielle Zustimmung zu dem Plane aus, aber dann kamen gleich die Bedenken. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet darüber:

Man verheißt sich nicht die schweren Bedenken, die gegen die neuen Goldbeschaffungspläne geltend gemacht werden können. Zunächst steht es noch gar nicht fest, ob die Industrie sich überhaupt dazu entschließen wird, sich von ihrem Devisenbesitz zu trennen. Es bliebe dann also nur der Weg der Kreditaufnahme im Ausland. Ob es möglich ist, in England Kredite zu erhalten, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Sollte eine Kreditaufnahme dort gelingen, so würde, da es sich nur um die Aufnahme langfristiger Kredite handeln kann, die Bewegung des Sterlingkurses für die Belastung der deutschen Wirtschaft von höchster Bedeutung werden. Bewegt sich nämlich der Sterlingkurs, der heute ein Disagio von etwa 25 Prozent trägt, nach oben, so würden die von der deutschen Industrie aufgenommenen Kredite sich natürlich entsprechend der Höherwertigkeit des Pfundes verteuern. Für Deutschland am günstigsten wäre daher eine Kreditaufnahme in den Vereinigten Staaten. Aber auch darüber, ob und in welchem Umfange man den deutschen Wünschen in diesem Lande entgegenkommen wird, läßt sich zurzeit nicht mit irgend welcher Sicherheit voraussagen.

Sind diese Mitteilungen zutreffend, so würde daraus folgen, daß die Bankwelt keine allzu große Neigung hat, den Plan mit all ihren Mitteln, unter Anspannung ihrer ganzen Wirtschaftskraft zu unterstützen. Gerade darauf aber läme es an. Denn darüber muß man sich klar sein: das Angebot der Industrie würde erst dann diskutabel sein, wenn der Betrag, der dem Reiche zur Verfügung steht, ausreicht, um die ausländischen Verpflichtungen für eine lange Zeit zu decken. Gesähe das nicht, so verliert das ganze Projekt jede Bedeutung, weil dann die günstige Wirkung auf den Stand der Mark nicht ausgeübt würde. Die Krise, die durch die Unsicherheit, den auswärtigen Verpflichtungen nachzukommen, immer wieder entsteht, und die Mark dann immer zum Sinken bringt, würde dann höchstens um eine kurze Zeit hinausgeschoben sein, die Deckung des inneren Defizits aber in keiner Weise erleichtert werden. Denn das würde erst dann der Fall sein, wenn wir mit einer dauernden Besserung der Mark rechnen können.

Ebenso muß man sich darüber klar sein, daß es nicht in dem Bestehen der Industrie und noch weniger in das der Banken gestellt werden darf, welche Summen sie dem Reich zur Verfügung stellen wollen. Denn das würde ja heißen, das Reich völlig vom Großkapital abhängig machen. Genau das Gegenteil ist erforderlich, die Wirtschaft muß endlich in den Dienst des Staates gestellt, das Kapital endlich dazu gebracht werden, dem Reich die Goldwerte zu geben, über die es unbedingt verfügen muß. Das Mittel hierfür ist die Erfassung der Sachwerte, die unmittelbare Beteiligung des Staates an der Wirtschaft, sowohl an ihren Erträgen als an ihrer Substanz. Will die Industrie dafür einen anderen Weg einschlagen, so ist die Voraussetzung dafür, daß einmal die Summen, die dem Reiche zur Verfügung gestellt werden, ebenso hoch sind, daß andererseits für das wirkliche Aufkommen derselben gesicherte Bürgschaften gegeben sind. Ganz richtig bezeichnet Dr. Pinner im Handelsblatt des „Berliner Tageblatts“ das Projekt als „einen Versuch, auch einen unvollkommenen, für die systemvollere und weiter ausgreifende Erfassung der Sachwerte auf gesetzlichem Wege“. Richtig ist es auch, wenn Dr. Pinner weiter sagt:

Aber eine Forderung muß gestellt werden: Die leichwellige Hingabe von Gold und Sachredit durch die produzierenden Stände darf nicht dazu führen, daß diese bei der inneren Finanzreform, die der prononzierten Beschaffung von Reparationsmitteln ja folgen muß, zugunsten des Konsums über Gebühr entlastet werden. Zu einer plutokratischen Finanzreform darf es nicht kommen, und wenn die Privatwirtschaft dem Reich und der Allgemeinheit mit ihrem Kredit beisteht, so darf sie für diese Leistung, mit der sie nicht nur dem Reich, sondern auch sich selbst nützt und daneben sich selbst keine Gegenleistung verlangen, die über den Wert des Gebotenen hinausgeht.

Wir führen gerade dieses Urteil an, um zu zeigen, wie notwendig es ist, an der systemvolleren und weiter ausgreifenden Erfassung der Sachwerte festzuhalten, bis nicht ein vollkommener Versuch gelungen ist. Vorläufig steht jedenfalls die Sache so, daß dieser Versuch von Tag zu Tag unzulänglicher wird.

Das hält aber die politische Redaktion des „Berliner Tageblatts“ nicht ab, nicht nur einem Plan gegenüber, der noch undurchsichtiger und schon deshalb sehr fragwürdig ist, sehr wenig Kredit aufzubringen, sondern ihn dazu zu benutzen, um für den Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung einzutreten. Es geschieht das gerade in dem Augenblick, wo Deutschnationale und Deutsche Volkspartei ihre innige Gemeinschaft besonders stark betont haben.

Das „Berliner Tageblatt“ hifft sich damit, daß es gerade aus der Bekundung dieser Freundschaft eine höfliche Absege konstruiert hat. Für jeden, der die Verhältnisse kennt, sind solche Interpretationskünste nur komisch. Die Krise, die in der Deutschen Volkspartei entstanden war, hatte darin ihren Grund, daß der rechte Flügel unter Führung von Dr. Mittelmann und dem Generaldirektor Böglers das offene Bekenntnis zur innigeren Gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei forderten, anderenfalls sie ihren Uebertritt zu den Deutschnationalen vollziehen würden. Dem widersetzte sich zunächst der linke Flügel, der die Möglichkeit eines Eintritts in die Regierung sich offen halten wollte. Diesen Zweck hatten die bekannten Erklärungen von Kahl und Stresemann. Diese Erklärungen mußten dann durch das bekannte Bekenntnis zu den monarchistischen Grundsätzen wieder eingeschränkt werden. Das demokratische Eintreten für das Heranziehen der Deutschen Volkspartei zur Regierungsbildung sowie das Scheitern der Verhandlungen in Preußen, das der Deutschen Volkspartei ihren Einfluß auf die preußische Regierung zunächst sichert, hatten zur Folge, daß der rechte Flügel sich wieder beruhigte und Herrn Stresemann erlaubte, für den Regierungseintritt zu wirken. Denn wenn sich die Aussichten für den Eintritt in die Regierung eröffnen, dann kann er hoffen, seine deutschnationale Politik mit viel größerem Erfolg innerhalb der Regierung zur Geltung zu bringen.

Das demokratische Liebeswerben hat also nur die Beilegung der Krise erleichtert, die Trennung der Deutschen Volkspartei verhindert. Jetzt nimmt das „Berliner Tageblatt“ dieses Liebeswerben erneut auf und benutzt dazu den Vorwand, daß die Industrie dem Staate einen so großen finanziellen Dienst erweisen wird. Seine Politik geht also dahin, nicht nur eine „plutokratische Finanzreform“ zu unterstützen, sondern den Grundsatz aufzustellen, daß die Regierung sich von der Industrie in Abhängigkeit begeben soll, weil die Industrie angeblich endlich bereit sei, ihre finanziellen Pflichten dem Staat gegenüber zu erfüllen. Die Weisheit dieser Politik wird nach dadurch gekrönt, daß sie den Rechtssozialisten empfohlen wird als Mittel, ein Zusammengehen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie überflüssig zu machen und dafür die — sichere Bundesgenossenschaft mit der Deutschen Volkspartei, die Herren Mittelmann und Dr. Böglers natürlich eingeschlossen, einzutauschen.

Wenn es noch eines Momentes bedurft hätte, um die Arbeiterschaft mit stärkstem Mißtrauen gegen die ganzen Verhandlungen zu erfüllen, und sie darin zu bestärken, an der Forderung festzuhalten, daß das Reich durch Gesetz sich die Verfügung über die Goldwerte sichert, so ist das durch die politische Ausbeutung des wirtschaftlichen Angebots geschehen. Das einheitliche Auftreten der Arbeiterschaft hat zuwege gebracht, daß die Richtigkeit des Gedankens, dem Reiche unmittelbar Goldwerte zur Verfügung zu stellen, sich durchsetzt. Es ist eine Kinderlei, zu glauben, daß die Arbeiterschaft zulassen wird, daß dieser Gedanke wirtschaftlich ausgehöhlt und zu einem politischen Schiebergeschäft mißbraucht wird.

Die Bereitwilligkeit der Banken

Berlin, 17. September.

W. L. B. meldet: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand heute eine Besprechung führender Persönlichkeiten aus deutschen Bank- und Bankierkreisen statt, bei der einmütig die Bereitwilligkeit der deutschen Bankwelt ausgesprochen wurde, bei der von der Industrie angeregten langfristigen Kreditoperation nach besten Kräften mitzuwirken.

Zum Parteitag der SPD.

Wenn früher, zu den Zeiten der alten sozialdemokratischen Partei, ein Parteitag angekündigt wurde, so drängte das auch sonst in der Bewegung pulsierende reiche geistige Leben zu einem besonders deutlichen Ausdruck. Wochentag wurde in der Presse und in den Organisationen um die Probleme der Arbeiterbewegung gestritten, die öffentliche Aufmerksamkeit ging auf die Auseinandersetzungen, von denen die Partei erfüllt war, hingelenkt. Es war nicht nur die Lust am Theoretisieren und Spintisieren, die oft zu lange währenden Debatten führte; es drückte sich darin die Kraft und das Selbstbewußtsein des Proletariats aus, das auch gegenüber einer Welt von Feinden niemals vergaß, daß jeder politische Kampf nur von einer festen programmatischen Grundlage aus geführt werden könne. Und die bürgerliche Welt horchte auf die Verhandlungen, bald hoffend, bald verzweifelt: wann wird die von ihr ersehnte Spaltung kommen, die die Kraft der Arbeiterklasse lähmen, ihr das einigende Band des Klassenbewußtseins rauben würde? Die Spaltung kam, aber nicht infolge der Auseinandersetzungen auf einem Parteitage, sondern als mit dem Kriege ein Teil der Führung die alten Grundsätze der Sozialdemokratie über den Hausen warf und statt nach der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte die Arbeitgemeinschaft mit den bürgerlichen Klassen suchte.

Die letzten Parteitage der S. P. D. hatten mit dem Kampfesgeiste, der die alte Partei erfüllte, nicht mehr viel zu schaffen. Diesmal aber kam es doch wieder zu lebhafteren Auseinandersetzungen. Das eine geht schon aus dem Parteitage in Görlich in großer Zahl vorliegenden Anträgen mit aller Deutlichkeit hervor, daß das Klassenempfinden eines beträchtlichen Teiles der in der S. P. D. organisierten Arbeiter stärker geworden ist und nach einer Vonderung der bisherigen Politik drängt. Schon als vor Wochen der Parteivorstand den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm vorlegte, regte sich allenthalben eine starke Mißstimmung darüber, daß nicht einmal das Wort Klassenkampf darin Aufnahme gefunden hatte. In einer Reihe von Anträgen wird nun verlangt, daß dieser Entwurf lediglich als Material behandelt werden soll und daß darin vor allen Dingen die Selbstständigkeit des Kampfes der Arbeiter um ihre Befreiung aus dem kapitalistischen Joch zum Ausdruck kommen müsse. Eine zweite Gruppe von Anträgen beschäftigt sich mit der Frage der Beteiligung der Partei an den Regierungskoalitionen. Soweit sich bisher übersehen läßt, wünscht man nur an ganz wenigen Orten ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei und auch dort nur dann, wenn sie ein Bekenntnis zur Republik ablege. Sonst aber wird fast überall das Bündnis mit der Stinnespartei abgelehnt. In zahlreichen Anträgen wurde vom Parteivorstand und vom Parteitag verlangt, daß nichts unversucht gelassen werde, um zu einer Einigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratie zu gelangen. Es werden ganz bestimmte Vorschläge unterbreitet, damit diese Frage nicht im wesentlichen Scheine einer Resolution untergehe.

Wir werden abwarten haben, welchen Verlauf die Verhandlungen des Parteitages von Görlich nehmen und ob die proletarischen Kräfte stark genug sind, um die Partei auf den Boden des Klassenempfindens zurückzuführen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat oft und deutlich genug gesagt, wie ihre Stellung zur Frage der Einigung der Arbeiterschaft ist: die Einigkeit des Proletariats läßt sich nicht erklagen oder diktieren, sondern sie kann nur erzwungen werden durch den gemeinsamen Kampf der ganzen Arbeiterklasse.

Die Tagesordnung des Parteitages

Am Sonnabend traten in Görlich Parteivorstand, Parteilaufschuß und Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei zusammen, um die Arbeit des Parteitages vorzubereiten. Die Tagesordnung des Parteitages dürfte vermutlich dahin abgeändert werden, daß vom Bericht der Reichstagsaktion, den Höchler erstattet, zwei Fragen ausgeschlossen und vor der allgemeinen Debatte erörtert werden: Reil (Stuttgart) wird ein einleitendes Referat zur Steuerfrage und Georg Schmidt vom Landarbeiterverband über die neue Steuerungsstelle halten. Die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an Regierung und Regierungskoalitionen wird voraussichtlich bei dem von Franz Küster erstatteten Bericht des Parteivorstandes behandelt werden. Außerdem wird dem Parteitag eine vollständige Umstellung der Tagesordnung vorgeschlagen werden. Die Erörterung des neuen Parteiprogramms soll an die Spitze gestellt werden. Die Eröffnungssprache des Parteitages wird Hermann Küllner halten. Als Vorkühende des Parteitages werden Wels (Berlin) und Taubade (Görlich) vorgeschlagen werden.

Die sozialdemokratische Reichsfrauenkonferenz

Am Sonnabend trat, wie die V. P. A. melden, in Görlich als Vorladung zum Sozialdemokratischen Parteitag die sozialdemokratische Reichsfrauenkonferenz zusammen, die zu ihrem Vorsitzenden Frau Ottilie Bader wählte. Das einleitende Referat: „Tätigkeit der Frauen in der Gemeinde“ hält der Berliner Stadtrat Wuyki, der am Schluß seiner Ausführungen folgende Thesen vorlegt:

1. In der revolutionären Umwälzung des Jahres 1918 hat die Arbeiterklasse die Rechte und Freiheit der Männer und Frauen ausgesprochen, welche für die Eroberung der politischen Macht der Demokratie unerläßliche Voraussetzungen sind. Da zur Erlangung der sozialistischen Gesellschaftsform aber vor allem die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft in eine Gemeinwirtschaft notwendig ist, so muß in Stadt und Gemeinde der Kampf um dieses Ziel mit aller Energie aufgenommen und durchgeführt werden.

2. Bei der besonderen Bedeutung und Vielgestaltigkeit der Aufgaben der Kommunalwirtschaft, die in hohem Maße den Bedarf des täglichen Lebens entscheidend beeinflusst, ist es insbesondere von großem Wert, daß die proletarischen Frauen in der Gemeindevverwaltung den Platz einnehmen, der ihnen in der Gemeindevirtschaft schicksalhaft annehmbar ist. Ihre Mitarbeit in allen Gemeindevertretungen, Verwaltungsabteilungen und Kommissionen muß daher nachdrücklich gefordert werden.

Als zweite Berichtspräsidentin spricht Frau Schäfer über die soziale Frauenarbeit in der Gemeinde.

Rechtsverhöhung

Die Verpachtung des Gutes des Herrn Kapp

Zu der in verschiedenen Zeitungen erschienenen Notiz über die Verpachtung des Rittergutes Bilzen an den Sohn des früheren Generallandschaftsdirektors Kapp erfährt die „Dena“ von amtlicher Seite:

„Die Verfügung über das beschlagnahmte Vermögen des früheren Generallandschaftsdirektors Kapp steht nicht dem Preussischen Landwirtschaftsminister, sondern dem Untersuchungsrichter beim Reichsgericht zu. Der gerichtliche Bestellte Vislager hatte das Gut Bilzen durch den Sohn des Eigentümers verwalten lassen und hat im Frühjahr dieses Jahres mit diesem einen Pachtvertrag abgeschlossen. Dieser Pachtvertrag wurde durch den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen dem Landwirtschaftsminister mit der Anfrage vorgelegt, ob Bedenken dagegen beständen. Vom Standpunkte des gegen Kapp in seiner Eigenschaft als früherer Generallandschaftsdirektor schwebenden Disziplinarverfahrens war gegen eine Verpachtung nichts einzuwenden; ebensowenig liegen sich vom Standpunkte der Produktionsförderung dagegen Einwände geltend machen. Für die Entscheidung über die Angemessenheit des Pachtpreises war das Landwirtschaftsministerium nicht zuständig. Mit Rücksicht hierauf wurde dem Oberpräsidenten vom Landwirtschaftsministerium geantwortet, daß grundsätzlich gegen den Pachtvertrag keine Bedenken zu erheben seien, daß die Frage der Genehmigung auf Grund der Bekanntmachung über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken vom 15. März 1918 von den zuständigen Behörden — das sind Landrat und Regierungspräsident — zu prüfen sei und daß die Prüfung der Vertragsbestimmungen dem dafür zuständigen Vormundschaftsgericht überlassen werden könne.“

Dem Sohne des Hochverrats Kapp wird also das Gut seines Vaters im Pachtverhältnis zugeschanzt, was daselbst ist, als ob es dem mit Beschlagnahme seines Vermögens bestraften Kapp selbst zurückgegeben worden wäre. Und wenn die Desfinitivität in solchem Treiben der kappistenfreundlichen Verwaltung und Justiz Anstoß nimmt, dann wird erwidert, daß weder wegen des Disziplinarverfahrens noch in bezug auf die Produktionsförderung Bedenken gegen das Pachtverhältnis des Sohnes bestehen.

Diese Antwort ist eine bewußte Verhöhnung des Rechtsgefühls der Volksmassen und aller anständigen Menschen, bei denen allerdings starke Bedenken dagegen bestehen, daß dem Kapp auf diese Weise sein Besitz wieder in die Hände gespielt und die Beschlagnahme des Vermögens illusorisch gemacht wird.

Zum Ueberflus wird mit herausforderndem Ignorismus bemerkt, daß das Landwirtschaftsministerium für die Angemessenheit des Pachtpreises nicht zuständig ist. Diesen „angemessenen Pachtpreis“ möchten wir kennen lernen.

Aber das Landwirtschaftsministerium hatte ja ebenfalls keine Bedenken. Es scheint gerade im gegenwärtigen Augenblick Wert auf ein Bekenntnis seiner Solidarität mit den Kappisten zu legen. Das kann nur zur Aufklärung beitragen.

Die Steuerflucht der Hohenzollern

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich in verschiedenen Aufsätzen mit der Steuerflucht der Hohenzollern, auf die auch wir aufmerksam gemacht haben, und stellt fest, daß aus den 25 Millionen betragsmäßig Ueberschüssen der Hofkammer für 1920 10 Millionen Mark durch unzulässige Umbuchungen dem Zugriff der Steuerbehörden entzogen seien. Hierzu teilt der Preussische Pressedienst den V. P. A. mit:

„Die vom „Vorwärts“ wiedergegebenen Angaben waren dem Preussischen Finanzministerium bisher nicht bekannt und konnten auch nach den im unmittelbaren Anschluß an die Beschlagnahme im November 1918 für die Ueberwachung der Hofkammerverwaltung aufgestellten und erst neuerdings geänderten Grundrissen nicht bekannt sein. Infolge der Veröffentlichung im „Vorwärts“ hat das Preussische Finanzministerium sofort eine Prüfung der ganzen Angelegenheit angeordnet, deren Ergebnis demnächst der Presse mitgeteilt werden wird.“

Öffentlich erleben wir die Mitteilung noch.

200 000 Mark Belohnung. Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Räder des Abg. Erberger nur mehr festgelegt, aber noch nicht ergriffen sind, die ausgelegte Belohnung von 100 000 Mark auf 200 000 Mark erhöht. Zuständig für die Verteilung sind die badischen Landesbehörden.

Zeitungsverbot. Der Reichsminister des Innern hat die in Berlin erscheinende Wochenchrift „Die Tradition“ für die Zeit vom 16. bis einschließlich 29. d. 1921 verboten.

Eine deutsche Geldsendung nach Amerika. Eine Schiffsladung von 4 330 000 Dollar ist in New York eingelaufen. Sie kommt von Deutschland und ist von der deutschen Reichsbank für belgische Rechnung aus Reparationskonto bestimmt. Das Geld ist der Federal Reservebank für Rechnung der belgischen Nationalbank überliefert worden. Die deponierte Summe besteht aus Goldstücken, und zwar aus 1 980 000 amerikanischen Golddollars, der Rest aus österreichischen Kronen.

Krestinski Sowjetvertreter in Deutschland. Wie die „Dena“ zuverlässig erfährt, ist der Volkskommissar der Finanzen, Krestinski, zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannt worden.

Die Arbeitslosigkeit in England. Nach den amtlichen Listen betrug die Zahl der Arbeitslosen am 9. September im gesamten Reich 1 302 000, was eine Verminderung um 25 400 gegen die vorhergehende Woche bedeutet. In dieser Zahl sind die Personen nicht eingeschlossen, die bei der Erörterung der Arbeitslosigkeit arbeiten.

Brandstifter Ehrhardt

In der „München-Augsburger Abendzeitung“, die auf dem äußersten rechten Flügel der deutschnationalen Volkspartei steht, veröffentlicht der Abgeordnete Strahmann einen Artikel, der alles bestätigt, was wir über die Brigade Ehrhardt und die Unterstützung, die sie durch die bayerische Regierung gefunden hat, geschrieben haben. Abgeordneter Strahmann schreibt:

„Die jüngsten Ereignisse scheinen uns freilich dazu hinzuweisen, daß es in Oberbayern nicht nur bei den Kommunisten und sozialistischen Versammlungsterroristen, sondern auch bei ihren äußersten politischen Gegnern, wenn schon außerhalb jeder politischen Partei, tatsächlich gewisse Kreise gibt, die meinen, unserem Volke durch blutige Gewalttaten, durch Verbrechen, dessen wir können, und daß diese Kreise mit der Brigade Ehrhardt zusammenhängen! Wenn Angehörige dieser Brigade in Bayern einen Unterhaltungs gefunden haben, wo sie nicht in dem Maße wie anderwärts den Auswirkungen sozialistischer Verfolgung ausgesetzt waren, so hätte man erwarten dürfen, daß sie das Gerecht nicht mißbrauchen. Wenn aber tatsächlich nicht nur wildgewordene einzelne aus diesem Zusammenhänge bestehen, so gibt es kein Wort der Verurteilung, das scharf genug wäre, und es muß verlangt werden, daß allerdings ohne jede Rücksicht vorgegangen wird. Hier hat keine Schonung Platz. Das deutsche Volk kann gewalttätige Brandstiftungen nicht vertragen. Unser Vorkriegsleben braucht politische Ruhe. Aus der Nordatmosphäre müssen wir heraus. Pflege des Nationalbewusstseins, ja! Stärkung des völkischen Ehrgefühls, ja! Kritik, scharfe Kritik an der Regierung des Reiches, ja! Aber Gewalt! Aber Gewalt! — nein! Das Schwert gehört nur in die Hand der Obrigkeit!“

Wohlgemerkt, diese Sätze stammen von einem deutschnationalen Abgeordneten. Er gibt also zu, daß die Brigade Ehrhardt mit Billigung der bayerischen Regierung in Südbayern zusammengezogen worden ist und daß diese Brigade Verbrechen verübt hat und weitere blutige Gewalttaten vorbereitet. Er bestätigt weiter, daß es sich bei der Ermordung Erzbergers nicht um die Tat wildgewordener Einzelpersonen handelte, sondern daß hinter diesem Mord eine Verschwörerorganisation steht. Das ist die schärfste Anklage gegen das System Kahr-Roehner-Roth. Und wenn der Abgeordnete Strahmann weiter fordert, daß das Schwert nur in die Hand der Obrigkeit gehört, so macht er sich damit indirekt unsere Forderung zu eigen, sämtliche illegalen Verbände der Konterrevolution, die auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiten und dabei die Unterführung der deutschnationalen Partei finden, schnellstens aufzulösen. Wenn ein deutschnationaler Abgeordneter eine derartige Forderung erhebt, dann weiß hoffentlich auch die Reichsregierung, was sie bisher versäumt und was sie jetzt zu tun hat.

Der Doct als Gärtner

Wir berichten in der gestrigen Abendausgabe, daß die Aushebung der schlesischen Nachrichtenzentrale mit einem Mißerfolg endete. Die Verschwörerbande ist vorher gewarnt worden und hatte Gelegenheit, sich in Sicherheit zu bringen. Mit der Verhaftung war eine Abteilung der Düsseldorf-Schupolizei beauftragt, die unter der Führung des Grafen von Boninski steht. Dieser Graf war schon beim Niederwerfen des mitteldeutschen Aufstandes tätig; innerhalb seiner Abteilung haben sich die meisten Ausschreitungen zugetragen. So sind z. B. in Eisenberg Gefangene mißhandelt worden, die unter dem Gehölze der Eismannschaften auch noch den Auf ausstehen mußten: „Hoch lebe die Düsseldorf-Schupo! Teilweise wurden sie auch gezwungen, „Heil Dir im Siegertranz“ zu singen. Das ist anscheinend ein Lied, welches Herr Boninski das Herz höher schlagen läßt. Der „Vorwärts“ wußt zu berichten, daß Herr von Boninski auch im Kapp-Putsch eine zweifelhafte Rolle gespielt habe. Was sagt Herr Stegerwald, der sich so stark für die Ordnung einsetzt, zu derartigen Zuständen? Was sagt Herr Dominicus dazu, daß es im Bereiche seiner Behörden Männer gibt, die Verbrecher warnen, wenn ihnen die Verhaftung droht? Und noch eine Frage: Ist es wahr, daß die Hundertschaft zur besonderen Verwendung (Schloßlasterne Charlottenburg) zur Domizil seit einiger Zeit in Schleien aufgeschlagen hat? Glaubt Herr Dominicus, daß er mit dieser Hundertschaft der Republik die Verschwörer vom Leibe halten kann?

Kleine Anfragen an Giesberts

Reaktionäre Umtriebe bei der Post

In einer Zuschrift, die wir aus Beamtenkreisen erhalten, werden Herrn Giesberts folgende peinliche Fragen gestellt:

Herr Postminister Giesberts! Wann werden auch Sie endlich Ihren Kollegen Wirth unterstützen und in Ihrer Verwaltung dafür sorgen, daß die Reichsverfassung von Ihren deutschnationalen höheren Beamten geachtet wird? Wann werden Sie die Verfassungsfeinde und bewusste Eiddreher aus Ihrer Verwaltung entfernen? Oder sollen die dreisten Umtriebe der deutschnationalen Zentrale Genfke-Warnde bei der Oberpostdirektion in Berlin, die treue Republikaner und Sozialisten bespitzeln und verfolgen läßt, trotz des Auftrages der Regierung fortbauern?

Diese beiden Reaktionäre sind genügend bekannt in Berlin. Herr Postminister, sind Sie gewillt, dem Artikel 118 der Reichsverfassung endlich in Ihrer Verwaltung Geltung und Anerkennung zu verschaffen? Wir werden darüber wachen, daß der klare Wortlaut dieses Verfassungsartikels, der auch für die Beamten gilt, von Ihren räuselfüßigen Gehelnräten nicht verfaßt wird. Werden Sie endlich dafür sorgen, daß die deutschnationale Verfolgung gegen unsere Parteigenossen aufhört? Wir erwarten, daß unser Genosse Zacherl, der durch die Spitzelzentrale Warnde verdächtigt wurde, nun endlich wieder nach seinem alten Amt zurückverkehrt wird. Ebenso verlangen wir, daß die Verfolgung gegen unseren Genossen, Postsekretär Wilhelm Hoffmann, der von der reaktionären Seite verfolgt und belästigt wird, sogleich zurückgenommen wird. Daß man den Obmann Hoffmann offensichtlich aus politischen Gründen in der willkürlichen Weise vom Postpostamt Berlin und der deutschnationalen Postdirektoren Mudrad, Franz und Schwarzger verweisen will, dürfte Ihnen wohl auch bekannt sein. Sehen Sie, Herr Postminister, sich den Fall mal recht genau an; wir erinnern an Artikel 118, an Ihre Ministerialverordnung an; wir erinnern an Artikel 118, an die entsprechenden Vorschriften der Postdienstverordnung.

Wir erwarten Ihre Entschlüsse, sonst würden wir noch deutlicher werden müssen.

Soweit die Zuschrift. Auch wir erwarten eine Antwort auf diese Anfragen durch die Tat. Im Ressort des Herrn Giesberts bestehen, wie uns auch aus anderen Quellen und eigenen Beobachtungen bekannt ist, Zustände, die mit und eigenen Beobachtungen bekannt ist, Zustände, die mit dazu dienen, die Gefahr zu steigern, in der die Republik

gegenwärtig schwebt. Beseitigt er sie nicht, so ist er der Schuldige, wenn der Regierung einst ein Bruch ihres Versprechens vorgeworfen werden muß.

Wohin kommt das Geld?

Zum Thema: Oberschlesier-Hilfswert

In unserer Nummer 414 brachten wir unter der Überschrift „Wohin kommt das Geld?“ den Hinweis auf die Mitteilung des „Hamburger Nacht-Abendblattes“, daß die durch das Oberschlesier-Hilfswert gesammelten Gelder nicht zuletzt auch den unter dem Namen „Selbsthilfe“ zusammengeworrenen Landnechtsbauern zufließen. Der Vorstand des A. D. G. B. hat darauf die Angelegenheit durch seinen Vertrauensmann beim Oberschlesier-Hilfswert untersuchen lassen. Ueber das Ergebnis der Ermittlungen teilt uns der Genosse Graßmann folgendes mit:

„Dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“ ging von seinem Vertreter bei der Hauptgeschäftsführung des „Oberschlesier-Hilfswerts“ die Versicherung zu, daß bisher keine Gelder zu anderen Zwecken verwendet worden seien, als für die Milderung der Not in Oberschlesien und für die ergänzende Flüchtlingsfürsorge im Reich. Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Eingänge der gesammelten Gelder aus Dortmund und anderen Norddeutern zu Buch stehen.

Bezüglich der Geld- und Spendenverteilungen in Opepla, die unter Mithilfe der ober-schlesischen Organisationsvertreter und unter Aufsicht des Vorsitzenden der Zentralkommission der deutschen Gewerkschaften für Schlesien“ vor sich gehen, wird uns berichtet, daß dort keinerlei Verwendung der Spenden zu anderen Zwecken, als zur Vinderung der in Not geratenen Oberschlesier bekannt ist.

Wir richten darum an alle Gewerkschaftskartelle und Ortsausschüsse die Bitte, die gesammelten Gelder nach wie vor unter Oberschlesier-Hilfswert, Postkonten Berlin NW 7, Nr. 112 300, einzuzahlen oder direkt dem Oberschlesier-Hilfswert, Berlin NW 7, Unter den Linden 78, zu überweisen.“

Genosse Graßmann bemerkt dazu noch, daß das Oberschlesier-Hilfswert in allen seinen Teilen und zwar bis zu den letzten Verteilungsstellen unter der Kontrolle von Vertrauensmännern des A. D. G. B. steht.

Wir kommen dem Ersuchen um Veröffentlichung der Zuschrift des A. D. G. B. gern nach, hoffen aber, daß die Vertreter der Gewerkschaften in ihrer Wachsamkeit nicht nachlassen.

Wird Ungarn entwaflnet?

Wie der Wiener Korrespondent der „Dona“ aus Ententekreisen erzählt, haben die Ententekabinette beschlossen, die Entwaflnung der ungarischen Armee gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon schnellst in Angriff zu nehmen und aufs schnellste durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, daß es ein Fehler gewesen sei, Oesterreich vor Ungarn zu entwaflnen. Der umgekehrte Weg wäre besser gewesen. Dabei wollen die Ententemächte keinen Unterschied zwischen der regulären Armee und den Detachements machen. Ungarn soll nicht mehr als die im Frieden von Trianon festgesetzte Anzahl von 35 000 Gewehren besitzen dürfen. Infolgedessen wird nun die Internationalisierte Militärkommission in Budapest eine sehr energische Tätigkeit entwickeln, um den Gefahrenherd, den die ungarische Armee darstellt, zu unterdrücken.

Prag, 17. September.

Der Wiener Korrespondent des Blattes „Prager Presse“ erzählt aus diplomatischen Kreisen der Entente, daß seit einigen Tagen in Ungarn in aller Stille eine regelrechte Mobilisierung durchgeführt werde. Die Reserveoffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1895 bis 1900 erhielten von Major Ohlenburg unterzeichnete Einberufungsordres. Die Einberufung lautet nach Debentz zum Gendarmeregiment. Gleichzeitig werde die demobilisierte Artillerie nach Kecsemet einberufen.

Der Streit in Nordfrankreich

Die Unternehmer bleiben hartnäckig

E.E. Paris, 17. September.

In Nordfrankreich ist die Streiklage unverändert. Die Geschäftshäuser sind wieder geöffnet. Am Montag sollen die städtischen Arbeiter in Roubaix die Arbeit wiederaufnehmen. Die Vereinigung der Unternehmer erklärte, daß ihr noch keine Einladung zugekommen sei, beim Ministerpräsidenten vorzusprechen. Die Unternehmer lehnen einstweilen noch immer den Schiedsspruch ab.

Die Rußlandhilfe

Eine internationale kommunistische Hilfswoche für Rußland

D.E. Terijoki, 17. September.

Die russische amtliche Zentralhilfskommission hat mit Vertretern der Roten Gewerkschaftsinternationale über eine internationale Hilfswoche unter Leitung der Gewerkschaften und der kommunistischen Parteien der einzelnen Länder beraten. Auch in Rußland selbst sollen zwischen dem 15. September und dem 15. Oktober Hilfswochen stattfinden. Nach Mitteilungen des Kommissariats für Außenhandel beträgt die Durchschlagsfähigkeit der Eisenbahn 17 Millionen Pud im Monat, so daß man hoffen könnte, die aus dem Auslande eintreffenden Lebensmittel an Ort und Stelle zu schaffen. Der Hafen von Nowotossil kann über die gewöhnliche Norm hinaus 3 Millionen Pud Lebensmittel, der Hafen von Murmansk 1½ Millionen, Riga und Reval 5 Millionen Pud monatlich empfangen.

Kuher dem amerikanischen Hilfskomitee werden, gemäß einer Verfügung des Präsidenten Harding, noch acht andere amerikanische Organisationen an der Rußlandhilfe teilnehmen. Die Amerikaner haben festgestellt, daß die größte Not im Gouvernement Samara herrscht; die amerikanische Kommission in Samara überbandte Hoover ein Telegramm, daß die Hilfsarbeit unaufschleubar sei und mit der Verteilung von Brot sofort begonnen werden müsse. Die „Krasnaja Gazeta“ schreibt in ihren Berichten aus den Hungergebieten: Im Gouvernement Samara geht der Hungertod um, die Bauernhäuser sind verwaist, die Erwachsenen gehen umher wie Schatten, die Kinder sind zu Skeletten abgemagert, die Bevölkerung nährt sich von fetter Tonerde. In Samara haben sich 56 000 Flüchtlinge angesammelt, ihre Zahl wächst ständig. Die Evakuierung ist verhältnismäßig gering. Die „Pravda“ meldet, daß in den Straßen Samaras täglich bis zu 200 verlassene Kinder aufgefunden werden, 40 Prozent von ihnen sind hautkrank. Nach einer Meldung des sowjetischen Helfungsforer „Wuti“ erreicht die Kindersterblichkeit im Wolgarebiet 60 und 70 Prozent.

„Reinigung“ bei den englischen Kommunisten. Die bekannte englische Frauenrechtlerin Sylvia Panthurst ist von der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, weil sie sich geweigert hat, die von ihr herausgegebene Zeitschrift der Jesur der kommunistischen Zentraleitung zu unterstellen.

Die Tagung in Jena

6. Verhandlungstag, Vortragsbericht

Jena, 17. September.

Zum Beginn der heutigen Sitzung des Verbandstages der Metallarbeiter wurde das Resultat der namentlichen Abstimmung bekanntgegeben über den kommunistischen Antrag, aus der Kasse des Verbandes für die Außenhilfe 1 M. pro Mitglied zu heben. Die Abstimmung ergab, daß der Antrag mit 645 gegen 114 abgelehnt wurde.

Die Entschließung der S. P. D.-Fraktion, die sich gegen die Uebergriffe der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet richtete, fand einstimmige Annahme. Die Resolution besagt:

Einzelne Organe der Besatzungsbehörden erlauben sich fortlaufend in die Tätigkeit der Gewerkschaften einzugreifen und denselben alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten, u. a. verlangen sie die Einreichung von Listen der Mitglieder, Funktionäre und Betriebsrätemitglieder u. a. Die Generalversammlung weist derartige Uebergriffe auf das entschiedenste zurück und beauftragt den Vorstand, unverzüglich mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, damit diesem Vorgehen der Besatzungsbehörden Einhalt geboten wird.

In der Nachmittagsitzung fand durch, daß die Besatzungsbehörden in Bezug auf den Ausschuß der Kommunisten die Haltung des Vorstandes mißbilligt. Hiergegen wurde von der U. S. P.-Fraktion Protest eingelegt, und auf ihren Wunsch erfolgt eine Unterbrechung der Sitzung um 7 Uhr abends. In der Abend Sitzung wurde zunächst in der Debatte über die Besatzungsbehörden fortgesetzt.

Es wurde außerdem eine Resolution angenommen, die ein Kompromiß darstellt zwischen den beiden Entschließungen, welche die S. P. D.-Fraktion und die U. S. P. gesondert eingebracht haben. Der Wortlaut der Entschließung, die in dem ersten Teil wörtlich der Entschließung der U. S. P.-Fraktion entnommen ist und im zweiten Teil sich im Wortlaut fast an die Entschließung der S. P. D.-Fraktion anlehnt, werden wir im morgen folgenden ausführlichen Bericht abdrucken.

Die Resolution schließt mit folgenden Forderungen: Die zur Aufrichtung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirats heißt der Verbandstag gut. Weiter erklärt der Verbandstag für unerlässlich: 1. den organisierten Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter. 2. Die Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter. 3. Die Sicherung eines Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Teuerung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet. 4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder auskömmliche Unterstüzung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Weltkrieges. 5. Ein voll ausgebildetes System von Betriebs- und Wirtschaftsräten, welches der Entfaltung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozeß bis zur Erreichung der Gemeinwirtschaft keine Schranken setzt. 6. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu bewegen. 7. Beseitigung der Klassenunterschiede, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Umgestaltung des Privatrechts in ein Sozialrecht, das die Beteiligung der Volksgemeinschaft an dem Ertragnis wirtschaftlicher Unternehmungen festlegt.

Die Resolution ist unterzeichnet von dem Vorstand der S. P. D. und U. S. P.-Fraktion. Die Sitzung dauerte um 9 Uhr nachmittags. Ausführlicher Bericht folgt.

Aus der Partei

Bezirkstag in Braunschweig

Am 10. und 11. September tagte in Seesen der Bezirksparteitag für Braunschweig. Vom Zentralkomitee war Genosse Lubwig ameland. Dem Bericht des Sekretariats ist zu entnehmen, daß 11 000 vollstehende Mitglieder vorhanden sind. Die Einnahmen an Beiträgen in der Zeit vom 1. April 1920 bis 30. Juni 1921 betragen 97 000 M., die Gesamteinnahme des Bezirks 140 800 M. Ein Kasseeintrag wird ab 1. Oktober auf 2 M. für männliche und auf 1 M. für weibliche Mitglieder festgelegt. Ab 1. Januar sollen 3 M. und 1,50 M. Mindestbeitrag erhoben werden.

Zum Ausbau der Parteipresse wird einstimmig beschlossen, daß alle Ortsvereine im laufenden Quartal 5 M. pro Mitglied an die Bezirksleitung zu entrichten haben. Den Vereinen ist die Art der Aufbringung überlassen.

Einen der wichtigsten Gegenstände betraf die Landfrage, zu der Genosse Dietz referierte und den Standpunkt der Partei vertrat. Zur politischen Situation und der Einheitsfront wurde eine Entschließung angenommen, die sich mit den in dem Aufruf des Zentralkomitees vom 8. Juli aufgestellten Richtlinien deckt.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Behandlung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Ausschneiden!

Druckfache

Sinn die

Saupterpedition der „Freiheit“

Berlin G2

Breite Straße 8-9

Theater-Anzeigen befinden sich heute 1. Beilage 4. Seite

Rollmops-Wagen **Kasten- u. Leiterwagen**
 befördert alles
 Metzner
 Kollernwagen u. Viehwagen

Möbel
 kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, I. E. Schillerstr. Kein Laden

Zahle ab heute für
Platin-, Gold-, Silber-
 10 M. mehr 2 M. mehr 0.10 M. mehr
Zahngelisse bis 3000 Mk.
Einzelne Zähne
 16 bis 100 Mk.
 Alte Münzen, Ketten, Ringe, Uhren usw.
Schlage jeden Rekord
H. Wiese, Juwelier,
 Artilleriestraße 30.

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

Noch billig!

Plüschmäntel . . . 750, 1075 Astrachanmäntel . . . 300, 487
 Ulster 240, 379 Pelzmäntel 2500, 3300
 Krimmermäntel 850, 1072

In langer Zeit nicht wiederkehrend!

Impr. Covercoatmäntel . . . 148 Impr. Seidenmäntel . . . 240
 Sportjackets, Trikot, blau . . . 38 Sportjackets Kunstseide u. reine Wolle . . . 148
 Kostüme 145, 215, 376 Mantelkleider 298
 Gesellschaftskleider . . . 321 Stoffröcke 65
 Gummimäntel, für Damen 300, für Herren 356

Einsegnungskleider sehr billig

Westmann
 I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a
 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Aus schneiden!

Der Unterzeichnete bestellt hiernit vom
 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
 Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
 mit der wöchentlich einmal erscheinenden
 illustrierten Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"
 zum Preise von Mk. 12.— monatl., Mk. 6.— halbjährlich,
 bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
 Ort: _____
 (Namen deutlich schreiben, Schrift genau ausfüllen: wem, auf, einl., Durchg.)

Dieser Befehlsschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
 oder an die Hauptexpedition, Berlin G. 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

A. Wertheim

Berlin, Leipziger Straße
 (Verwand-Abteilung)
 König Str. · Rosenthaler Str.
 Moritzplatz

NEUE DAMEN-MODEN

Ausstellung und Verkauf

Extra-Preise
 vom 19. bis 24. Sept.

Nachmittagskleid aus gut. Messaline reiflich. Showies 490 M

Morgenrock vorz. Flauschstoff, Kimono, reiche Stickeret 275 M

Unterrock aus vorz. Moltre mit flott. Ansatz 85 M

Unterrock aus gutem Seide mit plissiert. Ansatz 49 M

Besuchkleid aus gut. Messaline mit farb. Stickeret 375 M

Morgenrock a. gut. Flauschstoff m. einfarb. Diendengornit 115 M

Kleid aus reissenden Chinakrepp, großes Farbensortiment 590 M

Trikotkleid a. Kunstseide mit anderwärtsig. Aufschlägen 325 M

Wollkleid aus reinwoll. Kammergarn-Cheviot, mit farb. Stepper 295 M

Mantelkleid a. gut. Gabardine, Seidenstickerei 495 M

Fisches Abendkleid aus weich. Taffet mit Köchen-Gewürzung 495 M

Mantel a. gutem Eikmo, reich mit Lacéhandchen gesiept, versch. Farben und Ausführungen 580 M

Mantel a. modern. Fineschiff, die neue Fassonform, Krage und Mansch. Silberstickerei 355 M

Jumperkot. Form, a. wolle. Foulé, mit apart. Sticker, versch. Farb. 98 M

Crepe de düne Bluse gute Qual. schöne Stick., viele Farben 148 M

Kleiderock aus kariert. Zibeline 87 M

Mantelkleid aus 1a. Gabardine mit apart. Seidenstickerei 660 M

Beachtenswert!
 Der in allen Abteilungen meines Hauses vorgenommene
grosse Preisabbau

Beispielsweise
Deutsche Teppiche
 moderne Muster, reine Ware
 Größe ca. 130/200 M. 167,50
 " 140/230 " 207,50
 " 195/300 " 325,—

Divandeden
 Persermuster, reine Ware
 140/280 cm M. 118,50

Tüll-Gardinen
 abgepaßt 3 teilig
 Fenster M. 67,50

Eine große Anzahl mit
Teppiche Fehlern

Möbelstoffe, Gardinen, Liniere, Tisch- und Divandeden, Tüllbedecken, Steppdecken, Treppentäpfer.

Teppich-Spezialhaus
Emil Leleupre
 Berlin Süd. Seit 1882
 nur
Oranienstr. 158
 Keine Filialen!!

Seifenhändler
 decken ihren Bedarf zu
konkurrenzlosen billigen
 Tagespreisen
 in allen Sorten 1a Kernseifen, Toiletteseifen, Badeseifen
Seifen-Lager
 Emerich A. Saigo
 Lothringer Str. 38
 am Casino-Theater

Fahrradgummi billiger!

Laufmäntel 35.—, 40.—, 45.—, 50.— M.
 Gebirgsreifen, extra starke, extra prima 65.— M.
 Luftschräume 12.—, 15.—, 18.—, 20.— M. 1 Jahr Garantie.
 Großes Lager in Continental, Dunlop, Peters Union, Excelsior usw.

Fahrräder, Fahrrad-Zubehörite billigst.
 Karbid-Fahradlampen 25.—, 30.—, 35.—, 40.—, 50 M.
 Karbid-Tischlampen 3.—, 5.—, 10.—, 15.—, 20.— M.
 Oel-Laternen 7,50, 10.—, 15.— M.

Ernst Machnow
 Weinmeisterstrasse 14
 Filiale: Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 46-47
 Größtes Fahrradhaus Berlins!

Soeben erschien! **G. SINOWJEW** Soeben erschien!

Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
 (Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale, gegeben auf dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Moskau, Juni 1921)

Inhalt: Einleitung — Die italienische Frage — Die französische Partei — Die tschechoslowakische Frage — Die skandinavischen Parteien — England und Amerika — Die übrigen Länder — Der nahe und der ferne Osten — Die Frauen- und die Jugendinternationale — Die künftigen Aufgaben der Exekutive — Schlußwort — Resolution zum Bericht des Exekutivkomitees

104 Seiten Preis brosch. M. 1.50, geb. M. 6.—

Zu beziehen durch die
 Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11,
 sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der V. K. P. D.

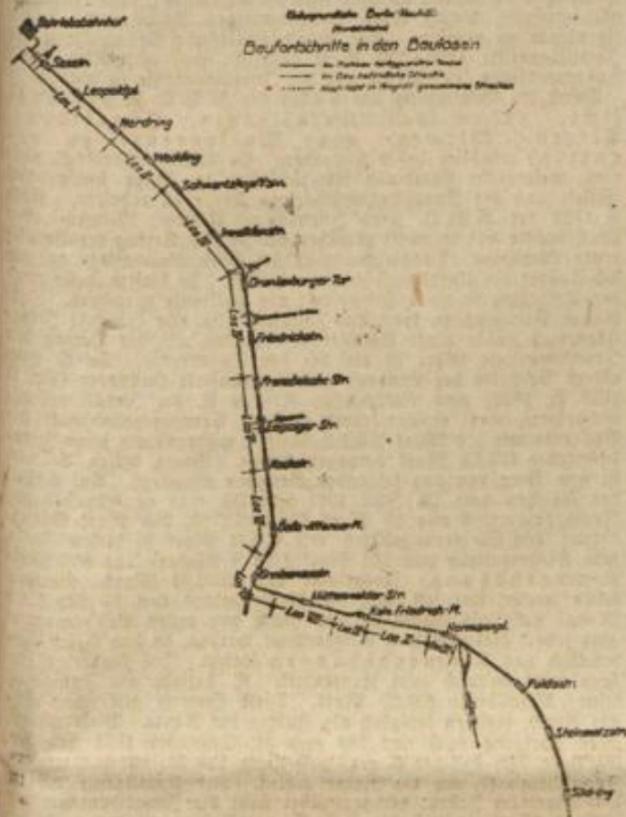
Kreuzflüchse 200 M.
 Alaska-, Blau-, Zobel-, Silber-, Weißflüchse, Wölfe, Luchse, Dachsen-Pelzmäntel, Herren-Geh- und Sportpelze 50% herabgesetzt. Teppiche, Wälder, Ferner, Caskawats, Patents, Uker jetzt 350 bis 500 Mark. Keine Lombardware. Größtes Haus dieser Art

Der Bau der Nord-Süd-Bahn

Ein Verkehrsweg unter der Stadt

H.E.K. Ueber die Notwendigkeit der Untergrundbahn in der Großstadt können Zweifel nicht mehr bestehen. Der riesige Verkehr, der sich durch die Straßen wälzt und an einzelnen Kreuzungen zu ständigen Stodungen führt, erfordert es, einen Teil unter die Erde zu legen. Die weiten Entfernungen, die die Bewohner fast immer von ihren Wohnungen bis zu den Arbeitsstätten zu überwinden haben, erheischen außerdem den höchstmöglichen Grad von Geschwindigkeit.

Berlin ist hinter den anderen Weltstädten New-York, London, Paris erheblich zurück, soweit der Untergrundbahnverkehr in Frage kommt, und die Kriegszeit, die alle Entwicklung stagnieren ließ, hat diese Rückständigkeit noch erheblich verstärkt. Zu den kurzen Strecken, die die Hoch- und Untergrundbahngesellschaft führt, kommt nun wenigstens noch die städtische Nord-Südbahn, die von der Seestraße bis zum Südring und später bis Tegel und Brix führen soll. Zurzeit ist ein ziemlich Teil davon der Fertigstellung nahe, wie unsere Leser aus der beigefügten Skizze sehen können, die uns von der städtischen Tiefbaudeputation zur



Verfügung gestellt wurde. Die Strecke von der Seestraße bis zum Belle-Alliance-Platz ist im Rohbau fertig, mit Ausnahme des Los II (Wedding), eines Teiles des Los IV und der Bahnhöfe Friedrichstraße, Französische Straße, Leipziger Straße, Kochstraße und Belle-Alliance-Platz. Man hofft, noch in diesem Jahre bis zum Los VIII (Mittenwalder Straße) den Bau zu Ende zu führen und den Teilsbetrieb von der Seestraße bis zur Gneisenau-

Kraße dann in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres in Betrieb nehmen zu können. Für die Anschlussstrecken wird ein weiteres Baujahr notwendig sein.

Ein Gang durch den Bau

Ein Gang durch die Bauten der Nord-Süd-Bahn gehört zu dem Interessantesten, was Berlin wohl gegenwärtig in technischer Beziehung zu bieten hat. Es ist für den Laien ein ganz eigenartiges Gefühl, unter den belebten Straßen der Stadt das ganze moderne Getriebe unterirdischer Arbeiten zu sehen. Man glaubt sich plötzlich nach Schloffen oder dem Ruhrgebiet „unter Tage“ in ein Bergwerk versetzt und man bekommt beinahe ein leises Grinsen, wenn man hört: „Hier oben ist Asinger“ oder „über uns ist der Bahnhof Friedrichstraße“.

Im Gegensatz beispielsweise zu der Londoner Untergrundbahn, die ein richtiger Tunnel ist und sehr tief unter der Erde liegt, ist die Nord-Süd-Bahn ebenso wie die Hochbahn nur wenige Meter unter der Straße angelegt. Nur an einigen Stellen erreicht sie eine größere Tiefe, die bis zu 12 Metern hinabgeht. Man hat die mannigfaltigsten Formen von Bauten anzuwenden müssen, entsprechend dem Boden und der Tiefe. So führt unmittelbar unter dem Bahnhof Friedrichstraße ein Moorstreifen quer durch den Erdboden, und man mußte riesige Eisenpfeiler von oben hineintragen, um eine feste Straße herzustellen. Am Belle-Alliance-Platz wiederum besteht der Boden aus Triebland. Man machte hier die Mitteilung, daß hier die Häuser sich in einer ständigen Neigung befinden.

Am Belle-Alliance-Platz ist ein Haus zu sehen, das vollkommen frei schwebt. Es ruht auf langen, eisernen Trägern und wenn man auf der Sohle des Tunnels steht, kann man direkt in die Keller hineinschauen. Das alte Märchen von den Häusern, die man einfach abtransportieren kann, ohne daß die Menschen viel davon merken, scheint damit Wirklichkeit geworden zu sein. Unten himmeln die Arbeiter, fahren elektrische Loren, lärm und arbeitet der ganze Betrieb eines Kleinbaus, oben sitzen die Menschen bei ihrer gewöhnlichen Tätigkeit kaum gestört durch das, was zehn Meter tiefer vorgeht.

Der Spreetunnel

Wohl das Großartigste ist die Baustelle IV, zwischen Oranienburger Tor und Friedrichstraße, die die Spree untertunnelt. Zunächst wurde hier die Weidendammer Brücke abgenommen und durch eine Rothrücke, die die Straßenlinie umgeht, ersetzt.

Sodann dämmte man einen Teil der Spree ein und pumpte das Wasser hinaus, so daß mitten im Flußbett eine trodene Arbeitsstelle geschaffen wurde. Hier ist die tiefste Stelle der Bahn, zu der man auf hohen Treppen hinaufsteigt. Das Bild, das der Besucher erhält, wird besonders anschaulich dadurch, daß hier alle Teile einer im Bau begriffenen Straße von der fertigen bis zu der kaum begonnenen zu sehen sind.

Die Wände des Tunnels werden aus Beton hergestellt, auf den nach außen ein starker Bohlenbelag kommt, auf den dann über eine Zinkblechschicht eine Schütterung gelegt wird. Darüber wird die alte Spree ungeführt wieder fließen. Nach innen werden die Wände durch geteerte Dachpappe abgeschlossen. Darüber kommt dann die übliche Verkleidung.

Ein wichtiges Problem ist auch das Grundwasser. Es wird mit großen Pumpen dauernd herausgepumpt, um die Straße trocken zu halten, bis die Wände vollkommen gedichtet sind. Diese Pumpen müssen ohne Unterbrechung in Tätigkeit sein, da sonst der ganze Bau erlaufen würde und an der Spree-sohle ein Dammbrech eintreten würde. Die zweite große Baustelle befindet sich am Belle-Alliance-Platz, wo der Landwehrkanal zu untertunneln war, hier ist der Tunnel bis zum Deckeneinbau bereits fertiggestellt.

Die Kosten

Der Friedenskostenaufschlag sah für die Strecke Seestraße bis Hermannplatz 43,5 Millionen Mark vor. Tatsächlich sind aber bisher schon 200 Millionen aufgewendet, und bis zur Fertigstellung werden voraussichtlich noch 525 Millionen notwendig sein. Allein auf den Rohbau entfallen von diesen 725 Millionen Mark 492 Millionen.

Diese Verteuerung entspricht der Preissteigerung aller Rohmaterialien, deren Höhe ja bekannt ist. Was die Löhne anbelangt, so steht ihre Steigerung dazu nur in einem bescheidenen Verhältnis. Die Bauten werden im allgemeinen von Privatfirmen ausgeführt, denen noch im Frieden die einzelnen Aufträge vergeben wurden. Die Stadt macht dabei kein schlechtes Geschäft, da die Unternehmer natürlich zu Friedenspreisen die Aufträge erhalten haben und ihnen höhere Zahlungen nur nach genauer Vorkalkulation aller Preissteigerungen gewährt werden.

Einige Strecken befinden sich auch unter städtischer Bauleitung, aber die Stadt ist mit ihren technischen Hilfsmitteln hinter den privaten Unternehmern zurück, denen alle technischen Errungenschaften für Unterarbeiten zur Verfügung stehen und für die es ein rentables Geschäft ist, neue Erfindungen auszunutzen oder in Anwendung zu bringen.

Im ganzen ist die Preissteigerung nicht so schlimm, wie es sich im ersten Augenblick anhört, da man muß in Betracht ziehen, daß ein Teil der Strecken noch zu niedrigeren Preisen gebaut werden konnte. Wenn man diese Abschnitte zu heutigen Preisen in Rechnung stellt, so ergibt sich eine Gesamtsteigerung, die die jetzigen Herstellungskosten kaum erreichen wird. Der kolossale Nutzen, der durch die Verkehrserleichterung für große Stadtviertel herbeigeführt wird, läßt diese Ausgabe durchaus als produktiv und nutzbringend erscheinen.

Gußbeton bei Untergrundbahnbau

Zum ersten Male in Deutschland und wohl zum ersten Male beim Untergrundbahnbau überhaupt wird jetzt beim Bau der städtischen Nord-Süd-Bahn ein neues Verfahren zur Herstellung größerer Betonbauten angewendet. Auf dem Belle-Alliance-Platz wird zum Betriebe der neuen Untergrundbahn ein umfangreiches Umformerwerk als Unterstation des Kraftwerkes gebaut, bei welchem rund 2800 Kubikmeter Betonmauern herzustellen sind. Da das Unterwerk mit den Maschinenfundamenten um, zum weitaus größten Teile im Grundwasser etwa 11 Meter unter der Straßenoberfläche liegt, so ist die Fertigstellung aus Stampfbeton umständlich und vor allen Dingen sehr zeitraubend. Um die Arbeiten zu beschleunigen, hat man sich entschlossen, das seit Jahren in Amerika zur Herstellung von Betonbauten übliche Verfahren des Gleitens anzuwenden. Auf einem Gerüst, dessen Fuß 10 Meter unter dem Erdboden liegt, wird ein 25 Meter hohes Gerüst aufgerichtet, auf dem die Mischmaschine für den Betonbrei aufgestellt wird. Zur Herausführung des Betonmaterials, Kies, Zement und Wasser ist ein Aufzug vorhanden. Der von der Maschine hergestellte Betonbrei fließt in die beweglich angeordneten Rinnen bis zu der Stelle, wo die Herstellung der Verfestigung vollendet ist. Die Einrichtung, die zunächst nur als Probe für die Verwendbarkeit gedacht ist, beschleunigt die Herstellung größerer Betonmassen und verkürzt die Arbeitszeit, die sonst zur Herstellung der gleichen Arbeit in Stampfbeton benötigt wird, um etwa die Hälfte, so daß durch die Anwendung des neuen Verfahrens, ohne daß die Güte der Arbeit irgendwie leidet, erhebliche Ersparnisse gemacht werden können. Wie wir hören, sollen die Schleusen und Molenanlagen, die für den Fischereihafen in Seeemünde hergestellt werden müssen, nach dem gleichen Verfahren errichtet werden.

Das Bezirksamt Neukölln teilt mit: Bei den gegenwärtig zur Ausführung kommenden Tunnelbauten im Zuge der Hermannsowie Berg- und Berliner Straße sind in den letzten Wochen die Betonierungsarbeiten ein gutes Stück vorgeschritten. In der unteren Hermannstraße ist die Betondecke bis auf ein kurzes Rest-

Großer Teppich - Verkauf

Günstigster Zeitpunkt zum Einkauf * Bedeutende Preissteigerung in Sicht

<p>Haargarn Bouclé, gute Qualität</p> <p>170x 725.- 200x 1050.- 240x 2400.- 300x 3100.- 250x 1575.- 300x 2100.- 330x 4000.-</p>	<p>Axminster guter Plüschteppich</p> <p>170x 800.- 200x 1200.- 240x 2400.- 300x 3100.- 320x 1800.- 330x 2400.- 330x 4700.-</p>	<p>Axminster-Extra vorzügliche Qualität</p> <p>170x 1250.- 200x 1700.- 240x 2400.- 300x 3100.- 250x 2550.- 300x 3400.- 330x 4000.-</p>	<p>Tournay-Velours in vielen Mustern</p> <p>80x 875.- 200x 3100.- 180x 1800.- 300x 3100.- 250x 4300.- 300x 6300.- 340x 4000.-</p>
<p>Läuferstoffe</p> <p>Bouclégestreift, 67cm Mtr. 34.- Baumwoll-Läufer 67cm breit... Mtr. 38.- Wolltapestry 67cm Mtr. 65.-</p>		<p>Bettvorleger</p> <p>Waschb. Vorleger 65.- Velours in persischen Mustern, 55x110 cm... 98.- Bouclé Prima, 65x125 cm... 140.-</p>	
<p>Perser-Teppiche und -Brücken besonders preiswert</p>		<p>Vier Stockwerke Möbel Ständige Ausstellung eingerichteter Zimmer</p>	
<p>Möbelstoffe</p> <p>Dekorationsstoffe kleingemust. 130cm Mtr. 55.- Apates Blumen-Muster 130cm... Mtr. 89.- Gobelinstoffe Kleines Verdure-Must. 130cm Mtr. 98.- Apat. Blumen-Muster 130cm... Mtr. 125.- Wollrips in vielen Farben 130cm... Mtr. 135.- Velvet 130cm... Mtr. 85.-</p>		<p>Gardinen</p> <p>Gewebe-Tüll-Garnitur 2 Flügel, 1 Querbehang 76.- Erbstüll-Garnitur mit Bändchen-Arbeit 118.- Etamin-Garnitur mit Einsätzen und Quaddaten... 195.- Etamin-Halbvorhang mit breitem Fries... 58.- Tüll-Halbvorhang 125.-</p>	

Sortierung des Herbst-Moden-Verkaufs

GEGR. 1815 • BERLIN C • KÖNIGSTR. • SPANDAUER STR.

Srael

und festgelegt, auch ist die Baugrube auf dieser Strecke zum Teil bereits wieder verfüllt und wird diese Ende Oktober bis auf die Pfahlarbeiten völlig geschlossen sein. In der Berliner und Bergstraße sind die Betonierungsarbeiten soweit fortgeführt, daß zwischen Hermannplatz und Weichselstraße sowie Steinweg- und Thomasstraße der Bau des Tunnelkörpers im Grundwasser nahezu vollendet ist. Die Pumpenanlagen werden daher auf diesen Strecken in kurzer Zeit stillgelegt werden können. Auch in der Berliner Straße ist die Herstellung der Decke, die hier teils als Trägerdecke, teils als Gewölbe ausgeführt wird, in Angriff genommen worden. Fortschreitend mit der Fertigstellung der Decke wird die restliche Baugrube verfüllt und nach Ausbau der provisorischen hölzernen Decke die Bepflasterung vorgenommen. Aller Voraussicht nach werden diese Arbeiten in der Berliner Straße noch vor Eintritt der Frostperiode zum großen Teil abgeschlossen sein. Beschäftigt werden unter Einschluß der zu den Arbeiten im Industriegebiet herangezogenen Kräfte etwa 1100 Arbeiter.

Wenn am 16. Oktober das Bürgertum siegt!

Von Bürgermeister Carl Leib.

In ihrer bekannten Finanznot greifen die Gemeinden zu den verweirtesten Mitteln. Obwohl es bekannt ist, daß kein Gemeindefinanzetat balanciert, das heißt, wirklich balanciert, nicht nur auf dem Papier, müssen die Ausgaben auf das geringste Maß herabgeschraubt werden, da die Einnahmen nicht beliebig vermehrt werden können. Und da die Ausgaben für Verwaltungskosten wachsen, leiden die wirklichen Aufgaben der Gemeinde immer mehr. Das große Gebiet der sozialen Fürsorge zeugt davon, und doch mehren sich gerade auf diesem Gebiete die Anforderungen, man denke nur, um ein Beispiel herauszuholen, an die steigende Tuberkulose unter unsern Gemeindegeldkinder.

Wenn am 16. Oktober bei den Stadtverordnetenwahlen das Bürgertum siegt, werden die Interessen der Armen und Entbehrten nicht mehr in der wirksamen Weise zur Geltung kommen als das geschieht, wenn die erwerbstätige Bevölkerung durch ihre eigenen Vertreter einen maßgebenden Einfluß ausüben läßt.

Es ist von großem Interesse, auf welche Gedanken Städtevertreter kommen, um den Gemeinden die Lasten zu erleichtern. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Schulausschusses und des Finanzausschusses des deutschen Städtetages, die im April dieses Jahres in Berlin stattfand, hat eine eingehende Erörterung über die bei der heutigen Finanzlage der Gemeinden bedeutsamen Frage stattgefunden, in welcher Weise auf den Gebieten des Schulwesens Ersparnisse zu ermöglichen seien. Bemerkenswert sind die Vorschläge, die den Gemeinden gemacht worden sind. Der Andrang zu den höheren Schulen soll in Zukunft erheblich zurückgedämmt werden. Empfohlen wird besondere Vorkehrung bei der Besetzung der zahlreichen Neuerungsanstellungen, mehr Beschränkung und Planmäßigkeit bei den Wünschen zur Schaffung neuer Schulgebäude. Wichtiger noch sind die Vorschläge, die sich allgemein auf die Verminderung der tatsächlichen Ausgaben beziehen. Danach soll auf neue Schulbauten grundsätzlich verzichtet werden, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch unter Umständen der Schulweg für einzelne Kinder verlängert wird. Wo Schulbauten unumgänglich notwendig sind, werden sie mit der größten Einfachheit und unter Meldung alles schultechnisch nicht Notwendigen hergestellt werden müssen. Es wird geraten, die Bauten in das Innere der Häuserblocks zu verlegen, um zu sparen. Heute bilden die Schulen, die an der Straßenfront errichtet sind, in vielen Straßen die einzige Abwechslung, die das Auge der Vorübergehenden hat. Geraten wird, zu der früheren Gepflogenheit zurückzukehren, die Klassen so groß zu bemessen, daß sie mindestens 54—63 Quadratmeter enthalten, weil sonst die Zusammenlegung von Klassen oft undurchführbar sein wird. Die Schulräume sollen gründlicher ausgenutzt werden. Ist das in Berlin überhaupt noch möglich, wo oft Vormittags- und Nachmittagsunterricht besteht, weil manche Schulen ihren eigentlichen Zweck längst entzogen worden sind? Angehts der trostlosen Finanzlage sei es den Gemeinden unmöglich, die Vermittel in dem bisherigen Umfang weiter zu gewähren.

Besonders wichtig erscheinen uns die Vorschläge zur Verminderung der persönlichen Ausgaben, weil sie ausschließlich die Volksschulen treffen. Am bemerkenswertesten ist der Vorschlag, die Klassenbesetzung künftig der mangelhaften Finanzlage der Stadt mehr anzupassen. Soweit es sich um höhere Schulen handelt, sind die Besetzungsziffern vom Staate festgelegt; für Volksschulen hat der verlassene Kultusminister Hünich schon Verfügungen erlassen, hat aber vergessen, den Gemeinden die Mittel zur Verfügung zu stellen. Jetzt sind die Gemeinden drauf und dran, durch Heranziehung der Klassenfrequenzen die Volksschule zu verschlechtern. Man will mehr Klassen zusammenlegen, wodurch Schulräume und vor allem Lehrkräfte gespart werden. Die Lehrer werden weiter besetzt und sind noch weniger als heute in der Lage, einen für die Kinder gedeihlichen Unterricht zu erteilen. Bei größerer Klassenbesetzung werden sie immer weniger in der Lage sein, das einzelne Kind in seiner Eigenart kennen zu lernen und danach zu behandeln. Der Unterricht wird Klassenunterricht und seinen Zweck gar nicht erfüllen. Wenn je eine Sparmaßnahme falsch angebracht ist, so auf dem Gebiete des Schulwesens. Von dieser Sparmethode werden gerade die Kinder der

breiten Massen der Bevölkerung getroffen werden. Die besthenden Klassen bilden ihre Kinder zum überwiegenden Teil in höhere Schulen, sie haben an einer gutgeleiteten höheren Schule ein weit höheres Interesse als an der Volksschule. Es sind ja nicht die Kinder ihrer Klasse, die die Volksschule bevölkern. Und deshalb werden die Sparmaßnahmebestrebungen, von denen oben die Rede ist, bei ihnen nicht den Widerstand finden, als bei einer Vertretung der Klasseninteressen des Proletariats. Aus diesen schon rein psychologischen Gründen erhellt, wie notwendig es ist, daß die proletarischen Eltern alles tun müssen, um einen Sieg des Bürgertums am 16. Oktober zu verhindern.

Unsere Volksschulen sind durch den Krieg heruntergewirtschaftet, der Unterricht ist nicht verbessert worden. Schuld daran sind jene Klassen, die zum Kriege gehen und denen dieser Krieg nicht lange genug dauern konnte. Das sollte die erwerbstätige Bevölkerung niemals vergessen. Und sie sollte angesichts der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen daran denken, daß sie ihre Kinder der Gefahr aussetzt, eine weit verschlechterte Schule zu bekommen, als wir sie haben, wenn das Bürgertum am 16. Oktober den Sieg davonträgt. Ein solcher Sieg wäre nur dann möglich, wenn die arbeitende Bevölkerung in Pässigkeit verharret. Wenn sie im Gegenteil ihre Klasseninteressen erkennt,

Öffentliche Gemeindevorstandsvorsitzungen

- Montag abend 7 Uhr**
 Residenzstraße, Landsberger Str. 31.
 Referent: Genosse Leib.
Frauenversammlung.
 Schulaula, Pankstraße 31.
 Referentin: Genossin Seger.
- Dienstag abend 7 Uhr**
 Schulaula, Reichenberger Straße Ecke Forster Straße.
 Schulaula, Müllerstraße Ecke Triftstraße, Frauenversammlung.
 Pichlerberg, Schulaula Parlaue an der Möllendorferstraße.
 Pankwitz, Dorfstr., Mühlensstraße 9 (8 Uhr).
 Referenten sind die Genossen Bächner, Thurm und die Genossin Pankwitz.
 Bezirksverband Berlin-Brandenburg u. S. P. D.

Ist die Niederlage des Bürgertums sicher. Aber nur dann! Hoffen wir, daß die Zahl derer immer kleiner wird, die zum Verräter ihrer eigenen Klaffänger werden.

Gefährliche Zahlen

Die Demokraten für Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 1,50 Mark

Als kürzlich der deutsche nationale Vorrat Koch die Finanzlage Berlins falsch darstellte, da antwortete ihm der Kammerer Dr. Karding, daß seine Ausführungen geeignet seien, die „bürgerlichen Interessen erheblich zu schädigen“, und daß sie das „leider auch in großem Maße getan haben“. Ist es aber unehrlich, dasselbe zu sagen, wenn an Stelle des nirgends ernst genommenen Vorrat Koch der angeblühete Demokrat Herr Dr. Michaelis die Wahrheit vorgebracht?

Er behauptet im „Berliner Tageblatt“, daß Berlin gegenwärtig 334 Millionen neue Steuern zu schaffen habe. Um zu dieser Zahl zu kommen, berechnet er aber nicht nur die Mehrausgaben, wie für den Rest des laufenden Jahres erforderlich sind, sondern die Mehrausgaben für ein volles Jahr. Deshalb Herr Dr. Michaelis so „bescheiden“ ist, ist wirklich nicht einzusehen. Warum rechnet er denn nicht gleich Ausgaben für mehrere Jahre; er würde dann doch eine noch viel höhere Summe erhalten. Wenn man richtig rechnet, so sind natürlich nur die Ausgaben zu veranschlagen, die im Laufe dieses Etatsjahres entstehen, und das sind nicht 334 Millionen, sondern: 47 Millionen für die Gleichstellung der Alt- und Neurentner und 176 Millionen für die Erhöhung der Löhne der Arbeiter und der Gehälter der Angestellten und Beamten, insgesamt also nur 223 Millionen.

Daß Herr Dr. Michaelis diese Zahl um die Hälfte erhöht hat, hat eine einleuchtende Ursache. Ihm, wie den bürgerlichen Parteien überhaupt, ist es außerordentlich unangenehm, daß die Einheitsgemeinde Berlin trotz der Erhöhung aller Ausgaben, die doch nur die verhängnisvolle Wirkung der Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien ist, immer wieder Möglichkeiten findet, ihre Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen, was viele Gemeinden mit starker bürgerlicher Mehrheit nicht vermögen. Noch unangenehmer aber ist es ihnen, daß auch die Verwaltung der bürgerlichen Werke über die Schwierigkeiten hinwegzukommen scheint und daß die Straßenbahn — entgegen den Prophezeiungen des Herrn Dr. Michaelis — die größten Schwierigkeiten bereits überwunden hat. Am sinnfälligsten äußert sich das ja in der Tatsache, daß trotz der gestiegenen Löhne, trotzdem Hoch- und Untergrundbahn, sowie die Eisenbahn ihre Tarife erhöhen, die Straßenbahn es bei dem Ein-Mark-Tarif läßt. Sie ist jetzt bereits imstande, die Millionen Mehrausgaben aus dem eigenen Betriebe ohne Tariferhöhung herauszuwirtschaften.

Wenn bei dieser Tatsache die Demokraten dafür eintreten, daß der Fahrpreis der Straßenbahn von 1 Mark auf 1,50 Mark erhöht wird, in gleichem Maaße aber über die „ganz exorbitante Erhöhung der Gewerbesteuer“ jammern, so ist das das deutliche Eingeständnis für ihre Absicht, die Masse der minderbemittelten Bevölkerung auf schärfste in den Rücken heranzuziehen, die Befürworter aber weitgehend zu schonen.

Die Forderung der Demokraten nach gemeinschaftlichen Unternehmungen ist der Wunsch, den Kapitalisten neue Gewinnmöglichkeiten auf Kosten der Masse der bürgerlichen Bevölkerung zu verschaffen. Hätte man vor einigen Monaten entsprechend dem Wunsche der Demokraten und der übrigen bürgerlichen Parteien die Straßenbahn entkommunalisiert und das Privatkapital an ihr beteiligt, so würde sicherlich der schneidende Wunsch des Herrn Dr. Michaelis auf Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 1,50 M. bereits in Erfüllung gegangen sein.

Wer verhindern will, daß diese Pläne künftig verwirklicht werden, der muß am 16. Oktober die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie wählen.

Wichtig für Unfall- und Invalidenrentner

A. K. Durch Gesetz vom 23. Juli 1921 ist der § 1311 der A. B. O. aufgehoben. Nach diesem Paragraphen ruhte die Invaliden- oder Altersrente neben einer reichsgerichtlichen Unfallrente, wenn beide Renten zu sammen den lebenseinhalbfachen Grundbeitrag der Invalidenrente überstiegen hätten. Die Witwen- oder Waisenrente ruhten neben der Unfallrente, wenn beide zusammen den dreieinhalbfachen Grundbeitrag der Invalidenrente des Verstorbenen überstiegen. Solange dieser Paragraph bestand, war es in seltenen Fällen möglich, nach eingetretener Invalidität, bei gleichzeitigem Bezug einer hochprozentigen Unfallrente, Invalidenrente zu erhalten. Der lebenseinhalbfache Grundbeitrag der Invalidenrente (450—750 Mark jährlich) war gegenüber einer hochprozentigen Unfallrente und der Invalidenrente zu gering.

Durch die Beseitigung des § 1311 der A. B. O. ist die Unfall-, Alters-, Witwen- oder Waisenrente, Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Waisenrente zu erhalten, erheblich besser geworden. Es besteht allerdings noch eine wesentliche Hemmung um in allen in Frage kommenden Fällen aus der Invalidenversicherung Rente zu erhalten. Nach § 1522 der A. B. O. wird Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Waisenrente nur insoweit gewährt, als sie den Beitrag der Unfallrente übersteigt. Dagegen trifft bei Heilanstaltspflege zu, die der Träger der Unfallversicherung gewährt. In diesem Falle wird der Unterhalt in einer Heilanstalt als Vollrente gerechnet. Nach diesem Paragraphen kann ein Invaliden- oder Waisenrentner neben einer Unfallrente erhalten, als der Betrag der Invalidenrente höher ist als der der Unfallrente. So ist nach einem Bescheide der Landesversicherungsanstalt Hannover (Nr. 11/1922 S. 1921) dem Korbmacher K. aus A. die Invalidenrente verweigert, weil er von einer Landw. Berufsgenossenschaft die Vollrente mit 600 Mark jährlich bezieht, während seine Invalidenrente 335,53 Mark betragen würde. Gegen diesen Bescheid ist nun Berufung aus folgenden Gründen eingelegt. Auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1921 setzt sich eine neuzeitlichere Rente zusammen aus 50 Mark Reichszuschuß, 300 Mark Grundbeitrag, dem Steigerungszuschuß mit 106,44 Mark in diesem Falle, dem Kinderzuschuß von 216 Mark (für 3 Kinder) und 600 Mark Renten erhöhung. Insgesamt also 1322,44 Mark. Bislang stand zweifelsfrei fest, daß die Rentezusätze von 70 Mark im Monat nicht als Rente galten. Nach den neuen Bestimmungen muß jedoch dieser Betrag mitgerechnet werden, da das Gesetz ausdrücklich von Renten erhöhungen spricht. Die bisherige Bescheid wird dadurch zum Rententeil. A. bezieht als Zulage zu seiner Unfallrente 600,20 Mark. Diese Summe gilt aber nicht als Rente, sondern lediglich als Zulage zur Rente. Diese Zulage wird übrigens auch nur bis zum 31. Dezember 1921 gewährt. Es kann also bei der Gegenüberstellung der Unfallrente mit der Invalidenrente nur die Rente gelten. Die Unfallrente beträgt 560 Mark im Jahre; demgegenüber steht die Invalidenrente mit 1322,44 Mark, so daß die U. B. A. verpflichtet werden muß, die Differenz von 762,44 Mark zu zahlen. Hätte die U. B. A. keinen ablehnenden Bescheid gegeben, so wäre die Rente vor dem 23. Juli und damit nach allem Recht festgesetzt. Die so festgesetzte Rente würde 1175,53 Mark betragen haben, so daß die Differenz mit der Unfallrente 615,53 Mark betragen würde.

Denjenigen Unfallrentnern, die mehr als 66 2/3 Prozent erwerbsunfähig sind, können wir nur dringend raten, nachzuprüfen, ob sie auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1921 Anspruch auf Invalidenrente haben. Auch Personen über 65 Jahre, sowie Witwen und Waisen, die aus der Reichsunfallversicherung Rente beziehen, müssen nachprüfen, ob für sie die Voraussetzungen zum Bezug einer Rente aus der Invalidenversicherung gegeben sind.

Rheuma, Gicht, Nervenschmerzen.

Ein Mittel, welches verdient, den weiteren Kreisen der Menschheit bekannt zu werden. Frau Hedi Franz, Saarbrücken, schreibt u. a.: „Aus Dankbarkeit kann ich nicht umhin, Ihnen den Erfolg, welchen ich mit Toga! erzielte, mitzuteilen. Ich leide schon längere Zeit an schwerem Gelenkrheumatismus mit zeitweilig auftretenden heftigen Schmerzen. Alle bisher angewandten Mittel waren erfolglos, bis ich in der Zeitung auf Ihr Inserat aufmerksam wurde. Ich machte einen Versuch, und schon nach dem Einnehmen einiger Tabletten waren meine Schmerzen wie verflogen. Es ist dies ein Mittel, welches verdient, den weiteren Kreisen der Menschheit bekannt zu werden.“ Mit ähnlicher Begeisterung berichten diese Hunderte über die gute Wirkung des Toga! bei Gelenkrheumatismus, Gicht, Herzschmerz, Gicht, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern sowie bei allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen. Toga! wurde klinisch erprobt und ärztlich glänzend begutachtet. In allen Apoth. erhältl.

BILLIG UND DOCH QUALITÄT!



- | | | | | | | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|
| Knaben-Schnürstiefel
Kind, u. R. Chev., br. Form, dazwischenher Strassenschuhe | 148⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
R. Chevren mit Lackkappe, Besatz und Derbyschnitt, in Qualität, Aussergewöhnlich | 175⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
In Rindbox, Derby- u. Besatzschnitt, elegante mod. Formen | 195⁰⁰ | Herren-Lackpumps
neue spitze-amerikan. Form, eleg. Ausführung Extra billig | 195⁰⁰ |
| Herren-Schnürstiefel
schwarzbraun, echt Chev., Bockalf und Lack, rahmengeleht, eleg. Strassenschuhe | 235⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
In Bockalf, allerelegante Form, erstklassige Fabrikat | 245⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
In Bockalf, Doppelschleife, mod. Form, kraft. Strassenschuhe, Aussergewöhnlich billig | 225⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
Lackhv. u. Bockalf, in vielen neuen Formen u. Ausstattung | 285⁰⁰ |
| Damen-Halbschuhe
schwarzbraun, echt Chev., Bockalf und Lack, rahmengeleht, eleg. Strassenschuhe | 235⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
Lackhv. u. Bockalf, in vielen neuen Formen u. Ausstattung | 285⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
Lackhv. u. Bockalf, in vielen neuen Formen u. Ausstattung | 285⁰⁰ | Herren-Schnürstiefel
Lackhv. u. Bockalf, in vielen neuen Formen u. Ausstattung | 295⁰⁰ |

- | | | | | | | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------|
| Damen-Halbschuhe
Bockalf, and Lederarten, mit Spange, u. T. zum Schnüren. Extra billig | 98⁰⁰ | Damen-Halbschuhe
braun u. schwarz, u. Schnür, od. m. Spange, u. T. echt Chev. Extra billig | 128⁰⁰ | Damen-Halbschuhe
echt braun Chevren, Oxford, moderne Lack- und Stieggangenschuhe, Goodyear-Well-Ausführung. Besonders preiswert | 135⁰⁰ | Damen-Schnürstiefel
echt Bockalf und Rindbox, mit u. ohne Lackkappe, Aussergew. billig | 135⁰⁰ |
| Damen-Schnürstiefel
In Rindbox, Derby- u. Besatzschnitt, halbhohler Absatz, Gr. 35-38. Extra billig | 148⁰⁰ | Damen-Schnürstiefel
In R. Chevren, mit Lackkappe, eleganter Strassenschuh, Größe 35-38 | 158⁰⁰ | Damen-Halbschuhe
echt Chevren, mod. spitze u. halbrunde Form, eleg. Absatz. Sehr billig | 168⁰⁰ | Damen-Schnürstiefel
In Bockalf, kurze moderne Form, mit amerikanischem Absatz, Derbyschnitt, erstklassiges Fabrikat. Sehr preiswert | 175⁰⁰ |
| Damen-Lackschuhe
zum Schnüren oder mit Spange, moderne kurze Formen, mit elegantem Absatz. Aussergewöhnlich preiswert | 195⁰⁰ | Damen-Schnürstiefel
In Bockalf, kurze moderne Form, Derbyschnitt, Original-Goodyear-Well-Ausführung. Besonders preiswertes Angebot | 195⁰⁰ | Damen-Schnürstiefel
In echt Chevren, mit u. ohne Lackkappe, neueste Form mit höchstem Gehalt. Extra billig | 225⁰⁰ | Damen-Halbschuhe
In Lackleder, neueste spitze, auch halbrunde Formen, eleganter Absatz | 235⁰⁰ |
| Damen-Schnürstiefel
In Chevren, Besatz, mit Lackkappe, erstklassiger Hochbockstiefel mit elegant amerikan. Absatz, Original-Goodyear-Well | 265⁰⁰ | | | | | | |

Stillner

Groß-Berlin

An unsere Leser!

Wie wir bereits in Nr. 433 mitgeteilt haben, sind sämtliche Zeitungen gezwungen, am 1. Oktober den Abonnementspreis zu erhöhen. So sehr wir es bedauern, daß in der Zeit der ständig wachsenden Teuerung der Arbeiterschaft neue Lasten auferlegt werden sollen, müssen auch wir eine Erhöhung des Abonnementspreises von 10 auf 12 Mark pro Monat vornehmen. Diese Erhöhung deckt bei weitem nicht die Mehrkosten für Druckpapier und die gesteigerten Löhne und Gehälter. Insbesondere hat auch eine bedeutende weitere Verteuerung aller übrigen im Zeitungsbetriebe notwendigen Materialien stattgefunden.

Bei der allgemeinen Teuerung wird es sicher manchem Arbeiterhaushalt außerordentlich schwer, auch noch die Erhöhung des Zeitungsabonnements zu tragen. Wir haben aber doch die Hoffnung, daß unsere Leser uns trotzdem die Treue bewahren werden. Jeder aufgeklärte und Klassenbewußte Arbeiter weiß die Bedeutung der „Freiheit“ im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse zu würdigen und wird bemüht sein, nicht nur für die Erhaltung des gegenwärtigen Abonnentenstandes, sondern darüber hinaus für die Verbreitung der „Freiheit“, des Berliner Organs der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, zu sorgen.

Redaktion und Geschäftsleitung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ G. m. b. H.

Affenliebe

Eine aufregende Szene am Zoo

Eine Sonja aufregende wie währende Szene erlebten gestern nachmittag die Besucher des Zoo bei den Teneriffa-Schimpansen. Seit einem halben Jahre ist eine der drei weiblichen Schimpansen Mutter geworden. Unter der liebenden Fürsorge von Eltern und Tanten hatte sich das anfänglich schwächliche Knäblein erfreulich entwickelt und kletterte nun schon lustig und munter am Drahtzaun herum. Stets hatte die Mutter Bedacht, daß es in ihrer Nähe blieb. Entschlüsselt es einmal im Ueberwitz, so zog sie es immer rasch und färlisch in den Schoß zurück.

In einem undwachten Augenblick entwich die kleine Junge durch die oben in weiterem Abstand stehenden und zum Futterreichen dienenden Stangen und kletterte auf der anderen Seite hinunter. Unten aber waren die Zwischenräume der Stangen wesentlich enger, und als der Kleine den Rückweg verlor, sah er zu weinen an. Sofort waren Mutter, Vater und Tanten zur Stelle.

Unter heftigem Schreien versuchte die Mutter, dem Knäblein mit aller Behutsamkeit durch die Stäbe zurückzuwerfen. Als das nicht gelang, brachen alle vier Schimpansen in ein fürchterliches Heulen aus, das sich noch steigerte, als sich der sonst von den Schimpansen immer freundlich empfangene Wärter zeigte. Jetzt riß die Mutter das Junge mit allen Kräften an einem Bein an sich, aber der dicke Kopf blieb zwischen den Eisenstäben hängen.

Nun holte der Wärter Stemmeisen und Beil, um die Stäbe auseinanderzubiegen.

Diese Hilfe ward aber schlecht bedankt. Die Schimpansen hieben mit ihren Fäusten auf den Wärter ein, während die Mutter wie wahnsinnig an dem Kleinen zog. Der Vater aber sprang in einem Wutanfall heulend und schreiend im Käfig herum und hieb mit seinen Fäusten immer wieder an Stangen und Wände.

Nach wenigen aufgeregten Minuten gelang es schließlich, den Kopf des Jungen durch die gebogenen Stangen zu heben, und nun nahm es die noch vor Aufregung zitternde Mutter wieder in ihren Schoß, küßte und herzte es wie die glücklichste Mutter.

Auch die anderen kamen heran und tasteten vorsichtig an dem jungen erschöpften Körperchen, um sich zu vergewissern, daß es noch lebte. Glücklicherweise hat es die Qualen überstanden, wenn

Auf

den Mord an Erzberger und die anderen täglichen Provokationen der Reaktion kann es nur eine Antwort geben: Unerbittlichen Kampfs. Es ist aber nötig, daß

zur

Bekämpfung dieser Gesellschaft die Arbeiterbewegung stark gemacht wird. Es gilt, neue Mitglieder der Partei und neue Leser der „Freiheit“ zu gewinnen. Deshalb auf zur

Roten Werbewoche!

Jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin erfülle die Pflicht der intensiven Werbearbeit!

es auch nicht mehr von der Mutter wich. Das Fäulein, an dem die Mutter das Kind durch die Stangen riß, hing indessen nur noch schlaff herab. Hoffentlich gelingt es aber, dem lieben Jungen auch über dieses Erlebnis hinwegzuhelfen.

„Affenliebe“ ist ein von Menschen leicht und spöttlich gebrauchtes Wort. Wer die Aufregung der Berliner Schimpanzen gestern miterlebt hat, wird dieses Wort in Zukunft vor dem Gebrauch besser wiegen.

Befechliche Wohnungsämter

Unter dieser Überschrift hatte die „Freiheit“ einen Prozeßbericht wiedergegeben, der sich mit zwei Verhandlungen vor dem Berliner Landgericht gegen befehliche Wohnungsbeamte befaßte. Der zweite Fall betraf den Ingenieur Johann Meyer, der bei dem Wohnungsamt Charlottenburg tätig war. In dieser Angelegenheit hatten wir gefordert, daß der Beamte, dessen Befehlskraft gerichtsnotorisch nachgewiesen war, selbstverständlich fristlos entlassen werden mußte. Daraufhin hat uns das Bezirksamt Charlottenburg eine Nichtigstellung zugehen lassen, die wir am 14. September wiedergegeben haben und worin bemerkt wird, daß der technische Hilfsangestellte Meyer bereits im Juni 1920 wegen Unregelmäßigkeiten im Dienste entlassen worden sei. Es sei bereits damals gegen ihn Strafanzeige erstattet worden, die Verurteilung sei aber erst am 31. August erfolgt.

Der Rechtsvertreter des Herrn Ingenieur, Rechtsanwalt Dr. Aron, sendet uns unter Berufung auf § 11 des Pressgesetzes folgende Berichtigung:

„Es ist nicht richtig, daß eine Aburteilung, wie das Bezirksamt Charlottenburg behauptet, schon erfolgt ist. Unter Aburteilung versteht man eine rechtskräftige Verurteilung. Eine solche liegt nicht vor. Tatsächlich ist aber von mir im Auftrage des Herrn Ingenieur Johannes Meyer am 3. September 1921 gegen das Straßammerurteil vom 31. August 1921 Revision eingelegt und bemerkt, daß tatsächlich namentlich aus Rechtsgründen auf Grund des vorliegenden Tatbestandes eine Verurteilung des Herrn Meyer auf Grund der Verordnung vom 3. Mai 1917 nicht in Frage kommt.“

Wir gestatten uns, Herrn Rechtsanwalt Aron darauf hinzuweisen, daß er die Berichtigung durch diejenige Stelle verbreiten lassen muß, die die zu berichtende Behauptung verbreitet hat, als solche Stelle ist in der „Freiheit“ vom 14. September ausdrücklich das Bezirksamt Charlottenburg gekennzeichnet. Zum anderen gestatten wir uns zu der Berichtigung die Bemerkung, daß zwar bei Vorliegen eines Revisionsantrages von einer rechtskräftigen Verurteilung noch nicht gesprochen werden kann, daß aber durch Zeugenaussagen zum mindesten erwiesen ist, daß sich Herr Ingenieur Meyer für die Befehlshandlung einer Leistung, die er von Amts wegen vorzunehmen hatte, von privater interessierter Seite bezahlen ließ. Herr Dr. Aron ist auch vorsichtig genug, in seiner Berichtigung anzuführen, daß er die Revision auf die Unzulänglichkeit der Rechtsurteile, nicht aber auf die Unzulänglichkeit des Beweismaterials über die tatsächlichen Vorgänge stützt.

Autoraferei

Zu der von uns am letzten Sonntag unter obiger Überschrift veröffentlichten Einleitung des Deutschen Verkehrsbandes erhalten wir von dem Genossen B. Brendel eine beachtenswerte Erwiderung, aus der wir entnehmen, daß die Schuld an vielen Straßenunfällen leider auch oftmals bei den Wagenführern liegt und nicht immer bei den Passanten. Die alten geschulten Kraftwagenführer beurteilen es auf das Entschiedenste, daß ein kleiner Teil von Wagenführern die Strafe für den Kraftwagenverkehr ausschließlich in Anspruch nehmen will und darum erlaubt, Rücksichten nicht nehmen zu brauchen. Dieser Teil der Wagenführer ist es auch, der die im Großstadtverkehr durchaus notwendigen Schutzbestimmungen nicht beachtet.

Vor jeder Straßenkreuzung soll der Führer Signal geben, um andere, noch nicht sichtbare Passanten und Fußwörter zur Vorsicht zu veranlassen.

An Haltestellen der Elektrischen soll jedes Fuhrwerk langsam fahren, eventuell halten, um niemand zu gefährden.

Die zulässige Geschwindigkeit soll 30 Kilometer in der Stunde nicht überschreiten.

Die Nummern sollen leicht erkennbar und die hinteren Nummern ebenfalls so beleuchtet sein, daß sie leicht lesbar sind.

Die Bremsen sollen garantiert zuverlässig sein usw.

Genosse Brendel macht zur Beseitigung vorhandener Mängel eine Reihe von Vorschlägen, von denen wir hier nur die wichtigsten veröffentlichen wollen, die über das Fachinteresse hinaus gewisse öffentliche Mängel feststellen.

Danach liegt ein Grundfehler in der jetzigen Art der Wagenprüfung. Jetzt wird die Prüfung statt durch Sachleute von Inhabern der Polizeivorgangsdienst vorgenommen, die zwar keinerlei Sachkenntnisse haben, aber durch ihre frühere Offiziers-tätigkeit scheinbar zu allem qualifiziert sind.

Ein weiterer Fehler liegt in der falschen Ausbildung der meisten Fahrer. Diese erfolgt nicht in kommunalen oder staatlichen Fahr-

So kommt's!

PREISE

Eine gewaltige Preissteigerung auf allen Gebieten ist im Gange und jeder Tag bringt uns tiefer in die Teuerung hinein. Entgehen können Sie ihr nur, wenn Sie

jetzt – sofort – kaufen!

Denn noch können Sie, aus unseren gewaltigen, frühzeitig erworbenen Vorräten schöpfend, enorm preiswert Ihre Garderobe für Herbst und Winter bei uns einkaufen. Aber — — — die Zeit drängt!



Moderner Mantel aus schöner, weicher wolnarziger Ware gefertigt, reich mit Stepperei verziert und durch einen hellen Kontrast gezeichnet.
395.-

Häbcher einfarb. Mantel aus weichen Plüschstoff mit dem modernen Färbeschmuck und dem beliebten capartigen Fall. Besonders schmuck wirkt die zurückende Stickerei auf Kragen und Hals.
260.-

Das mod. Wollkleid aus schönem Gabardine, mit feiner, Transparenz gezierter Schärpe und elegantem Säulengürt. Bestäubt mit anderrartigen Blumenmuster bedeckt.
498.-

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Hohm Stettiner Bahnhof

Seht die Wählerlisten ein!

Sie liegen Sonntags von 10 bis 5 Uhr nachmittags und wochentags von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends aus.

Schulen, sondern Privatinstituten, denen weniger an einer gründlichen Ausbildung als an der Erzielung vieler Schulgebühren liegt. Die Schulung, Prüfung sowie Ueberwachung des Kraftfahrwesens darf nur durch Sachleute erfolgen, diese allein bieten Gewähr, daß die bestehenden Mängel beseitigt werden. Damit erst würde der Kraftwagen als zuverlässigstes Fahrzeug seinen Zweck vollständig erfüllen. Es liegt dabei ein so erhebliches öffentliches Interesse vor, daß Staat und Kommune die Pflicht haben, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Eine üble Wahlmache

Die Deutsche Volkspartei braucht für ihren Ansturm gegen die sozialistische Einheitsgemeinde Wahlmaterial. Dazu ist ihr bei der „robusten Agitation“, die sie nach dem Zeugnis des „Berliner Tageblatts“ treibt, kein Mittel zu niedrig, auch nicht das Verwenden von Material, das ihr gefühnngstreue Beamte, womöglich in der Verkleidung des Dienstgeheimnisses zutragen.

Ein solches übles Wahlmanöver stellt eine Anfrage des volksparteilichen Abgeordneten von Egnern dar. Sie lautet:

Bei einer Prüfung der Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge hat sich eine Unterbilanz von etwa 450 000 Mark herausgestellt. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um derartige Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

Wir haben uns nach den tatsächlichen Unterlagen dieser Behauptung erkundigt und folgendes festgestellt:

Die Stadtrechnungskammer ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Geschäftsführung der Bekleidungsanstalt der Erwerbslosenfürsorge zu prüfen. Diese Prüfung ist noch in vollem Gange. Wie uns der Dezernent für die Erwerbslosenfürsorge mitteilt, handelt es sich bei dem angeblichen Fehlbetrag weder um eine „Unterbilanz“, wie auch das „Berliner Tageblatt“ schreibt, noch um eine Unterbilanz, wie die Deutsche Volkspartei behauptet. Es handelt sich darum, daß ausgegebene Kleidungsstücke, für die die Erwerbslosen Abzahlungen zu leisten haben, noch nicht voll abbezahlt sind. Jüngere Unregelmäßigkeit ist bei dieser Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge überhaupt nicht vorhanden.

Tatsächlich beruht also die Anfrage der Deutschen Volkspartei, die natürlich den Zweck haben soll, einen sozialistischen Dezernenten wegen angeblicher Mißstände in seinem Dezernat herabzusetzen, auf ganz haltlosen Voraussetzungen. Das Interessante an diesem mißrigen Wahlmanöver des in seinem Haß gegen die Arbeiterparteien skrupellos vorgehenden Stadtverordneten v. Egnern ist aber, daß er das „Material“ zu dieser Anfrage auf unzulässigen Wegen erhalten hat. Herr Stadtrat Franz als Chef der Stadtrechnungskammer teilt uns auf Anfrage mit, daß kein Stadtverordneter amtlich die Möglichkeit hat, über Ergebnisse einer noch nicht abgeschlossenen Prüfung etwas zu erfahren. Die Deutsche Volkspartei kann also ein angebliches Prüfungsergebnis nur durch einen ihr gefühnngsbeholdenen Beamten erhalten haben, der unter Verletzung seiner Dienstpflichten einer politischen Partei Material zur Bekämpfung seines vorgehenden Magistrats liefert. Wir brau-

chen wohl das moralische Niveau des Betreffenden und desjenigen, der sich solchen Materials bedient, nicht näher zu kennzeichnen.

Aus dieser Tatsache läßt sich erkennen, wie schwach die sachliche Gegnerschaft der Deutschen Volkspartei gegen den Magistrat und die „sozialistische Mißwirtschaft“ sei muß, wenn sich diese Partei derartiger Mittel bedient!

Ein hereingefallener Kläger

Die Erinnerung an den Kapp-Putsch wurde durch die Beleidigungsklage des Rechnungsrats Rosenbruch gegen unsern Parteigenossen Ritter wachgerufen. Genosse Ritter hatte am 28. März 1920, in der ersten Sitzung der Mariendorfer Gemeindevertretung nach dem Kapp-Putsch, u. a. das eigenartige Verhalten der Einwohnerwehr beleuchtet, welche nach ihren Richtlinien jeden Putsch von links und von rechts zu bekämpfen vorgab, deren Führer, Rechnungsrat Rosenbruch, aber keine Anstalten zur Bekämpfung des Rechtsputches traf. Genosse Ritter führte damals aus, daß Rosenbruch bei dem Führer der Kapp-Rebellen, dem man sogar eine Liste der sozialistischen Führer ausgehändigt hatte, aus- und einging und daß, wenn Rosenbruch nicht Beamter des Potentates, sondern Beamter der Gemeinde Mariendorf wäre, die sozialistische Mehrheit der Gemeindevertretung ihn wegen aktiver Unterstützung der Kapp-Mittwege ungeschädigt machen würde.

Der halbenkreuzgeschmückte Berichterstatter der Mariendorfer Zeitung machte daraus wörtlich: „Der Führer der letzteren (Einwohnerwehr), Rechnungsrat Rosenbruch, habe sogar dem Major des Brandenburgischen Jäger-Bataillons eine Liste eingereicht, auf der alle sozialdemokratischen Gemeindevorordneten verzeichnet standen. Man müsse versuchen, diesen Mann an Orte ungeschädigt zu machen.“

Auf Grund dieses Zeitungsberichtes stellte Rosenbruch mit viel Tamtam Strafantrag, der Staatsanwalt ließ ihn jedoch abblitzen, weil, selbst wenn Genosse Ritter diese Verleumdung so getan haben würde, ihm immer noch der § 193 St. G. B. zur Seite stehen würde. Trotzdem versuchte Rosenbruch auf dem Wege der Privatklage, seine angeblich lädierte Ehre wiederherzustellen. Es waren etwa 10 Termine angefeht, in letzter Minute aber wieder abgelaßt, weil meistens die Rosenbruchschen Zeugen nicht vollzählig waren. Am vergangenen Montag gelang es endlich, alle Beteiligten in Moabit glücklich zu verammeln.

Der präsidierende Richter versuchte eine Einigung. Genosse Ritter erklärte persönlich und durch seinen Verteidiger, den Genossen Th. Liebnecht, daß er eine Einigung nicht nötig habe, er könne heute nur das selbe erklären, was er von Anfang an mündlich und schriftlich getan, daß er den Bericht der Mariendorfer Zeitung als richtig nicht anerkennen kann. Darauf zog der Kläger Rosenbruch seinen Strafantrag zurück, und als Genosse Ritter es ausdrücklich ablehnte, irgendwelche Kosten zu tragen, bequeme sich R. auch dazu, die Anwaltskosten des Genossen Ritter zu übernehmen.

Der Berichterstatter der Mariendorfer Zeitung, welcher ebenfalls als Zeuge geladen war, konnte es sich in seinem Blatte nicht verkneifen, einen Bericht mit der tendenziös ausgelegten Ueberschrift: „Der Zurückzieher“ zu bringen, damit die Leser glauben sollten, daß Genosse Ritter den Zurückzieher gemacht habe. Er dergab auch hinzuzufügen, daß Rosenbruch die Kosten für den gegnerlichen Anwalt tragen muß, sonst hätten ja die Leser gemerkt, daß nicht Genosse Ritter den Zurückzieher gemacht hat.

Schiebermag gibt den Hungerstreik auf

Wie wir vor einigen Tagen mitgeteilt, hatte der im Moabitte Untersuchungsgesängnis befindliche Bettkonzerthaber Mag Klante den Versuch gemacht, durch Verweigerung jeder Nahrungsaufnahme Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit anzuregen. Eine Untersuchung durch den Gefängnisarzt Dr. Ludwig Hirsch hat jedoch keinerlei Anhalt für eine Selbstschädigung ergeben, dagegen sind einige verhältnismäßig harmlose Nervenschwörungen bei Klante festgestellt worden. Klante hat daraufhin den Hungerstreik aufgegeben und sogar den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zur Selbstbefreiung gestellt und will sich kein Essen von jetzt ab von einer bekannten Weinhandlung bestellen.

Ein Fürsorgegefährdeter verhaftet

Die Fürsorge für unterernährte Kinder mußte ein Schwindler aus, der jetzt von der Kriminalpolizei ungeschädigt gemacht wurde. Sein Treiben war um so verwerflicher, als er gerade unbemittelte oder gar arme Familien traf. Bei diesen erhielten ein Mann, der den Eltern vorhielt, daß ihre unterernährten Kinder aus dem Land oder auch nach Schweden usw. gebracht werden sollten. Die Leute waren in ihrer Freude bereit, den Vorschlag, den der Mann vorbrachte, zu zahlen, und gaben 15 bis 80 M. her, nicht selten bei letzten Notgroßen. Der Besuch ließ aber nichts mehr von sich hören, und die Enttäuschung war groß. So ergab es vielen Familien, bis der Schwindler jetzt gefasst wurde. Die Ermittlungen ergaben, daß es ein Strafreiniger Paul Gohlke war, der als freiwilliger Helfer bei der Juwendfürsorge der Stadt Berlin, Abteilung für Leibesübungen, beschäftigt war. Gohlke wurde festgenommen.

Bei der Stadtverordnetenversammlung ist folgender Dringlichkeitsantrag unserer Genossen eingegangen: Ausgehend von dem Bestreben, die Finanzen Berlins auf eine gesunde Basis zu stellen, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, die Güter- und Forstverwaltung zu beauftragen, Neuverpachtungen von Land, sowie Verlängerungen von Verträgen nur mit Zustimmung der Deputation für Güter und Forsten vorzunehmen.

Am 17. Verwaltungsbereich werden am 1. Oktober weltliche Klassenzüge an mehreren Schulen eingeführt. Um eine durchgreifende Organisation aller sozialistischen Elternbeiträge zu erzielen, ist eine Arbeitsgemeinschaft für die weltliche Schule geschaffen worden. Der Vorsitzende derselben ist Genosse Alfred Katschik, Lichtenberg, Gärtnerstraße 6; Stellvertreter: Paul Tischmann, Lichtenberg, Niederbarnimstraße 8 (K. B. D.); Schriftführer: Hermann Haack, Lichtenberg, Schornweberstraße 3 (S. B. D.). Meldungen für die weltliche Schule sowie jede gewünschte Auskunft wird bei vorstehenden Genossen jederzeit erteilt. Ferner findet am Montag, den 18. September, abends 6 Uhr, im Plenarsaal des Rathauses, Möllendorferstraße, eine Sitzung aller sozialistischen Elternbeiträge statt, zu der jeder Elternbeitrag verpflichtet ist, zu erscheinen.

Der Parteigenosse Fritz Wählich, Stalker Straße 22, jetzt Jahnstraße 1 wohnhaft, feierte am 14. d. M. seine 30jährige Mitgliedschaft in der sozialistischen Partei. W. war 16 Jahre Abteilungsleiter der 2. Abteilung des jetzigen 20. Bezirks und ein außerordentlich tüchtiger Genosse.

Gold- u. Silbermünzen sollten vor dem Einschmelzen auf ihren Sammelwert geprüft werden. Rab. Bad. Rosl., Hin., Wilschstr. 46.

Hermann Engel

Landsberger Str. 85, 86, 87.

Außergewöhnlich billiger Verkauf

Wäsche, Stickereien, Klöppelspitzen, handgeklöppelten Spitzen, Tischdecken, Tischdecken, Klöppelmotiven und Klöppelbesätzen.

Riesig billiger Verkauf

bis 140 cm breite **Herren-Anzug-Stoffe**

u. Damen-Kleider-Stoffe

Meter 54 Mark 45 Mark 39⁰⁰ Mark

Herbst-Konfektion, Pelz-Konfektion u. Hüte,

die in bezug auf Reichhaltigkeit, Qualität, Geschmack und außergewöhnliche Billigkeit den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit darstellt.

Kommen Sie und besichtigen Sie diese für Sie so interessante und lohnende Auswahl, zu der ich Sie freundlichst einlade.

Wintermäntel allerfeinster Modellreue, ganz auf Seide gefüttert 1598, 1825, 975 M. mit edlen Pelzwerkeln teils besetzt, teils gefüttert 3250, 2450, 1975, 1675 M. × Reizende reimmollene Wintermoppeumäntel die große Mode 375, 298 M. × Entzückende, schwere Wintermäntel mit großen Kragen 198, 178, 148 M. × Miereleganteste neuartige Modellstoffe, nur auf reiner Seide gefüttert, teils mit feinsten Pelzen veredelt 2900, 1950, 1450, 975 M. × Blaue reimmollene Cheviotstoffe, auf Seide gefüttert 498, 378 M. × Hochelegante Abendkleider aus Veloursstoffen, Kaschmir und Crêpe de Chine, reich mit Spitzenvolants garniert 1675, 1175, 998, 798 M. × Reimmollene Nachmittagskleider mit Fröstel und Wollfäden 345, 318, 198 M. × Kleiderstoffe aus Garbadien und Woil, nur für ganz starke Damen 198 M. × Mollene lodenartige Kleiderstoffe 69, 49 M. × Reimmollene, gefärbte Sportjacken 375, 325, 275, 225 M. × Eleg. Seidenblusen 225, 175, 125, 75 M. × Wäsche- und Sportblusen 45, 39, 30, 25, 17, 50 M.

Germania-Teppiche in schönen orientalischen Mustern ohne jede Papierumhüllung
120×190 cm 220 M. | 185×255 cm 490 M.
150×220 cm 340 M. | 240×340 cm 698 M.
Bettvorlägen 50×115 cm 64 M.
Zußelbetten 125, 99, 68 M.

Blütiengardinen mit Querbehang 153, 110, 68 M.
Dallblöses aus gewedtem Linn, Erbsfäll und Stamm 143, 79, 54 M.
Medrasgardinen, 2 Schale, 1 Querbehang, in herrlichen Farbenstellungen 190, 165, 145 M.

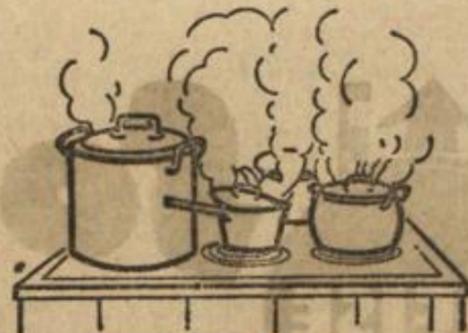
Brautpaare, Neuvermählte und sparsame Hausfrauen!

Nehmen Sie die Einkaufsgelder genheiten meiner Aussteuer-Angebote, nur beste Qualitäten wahr, solange die Vorräte weit unter den heutigen Tagespreisen noch vorhanden sind!

Prima Hemden- u. Bett-Wäsche-Stoffe

Meter 2160 M. 1950 M. 1850 M. 1575 M. 1250 M.

Prima Bettbezüge, Oberbett 120, —, 93, 50, Klassen 33, 75, 29, 50 M. Bettlaken aus schwerem Dowlas 57, —, 49, 50 M. Damenhemden mit Lanzette, Mohlsaumgarnierung u. Stickereien 37, 50, 29, 50 M. Damen-Kleideinkleider mit Stickereien, Mohlsaumgarnierung 37, 50 M. Unterteilen mit Klöppelspitze und -einsätzen 23, 75 M. Polsterfücher 2, 50 M. Geratenkornhaudtücher mit weißer u. roter Kante Meter 12, 75 M. Wischtücher, rotkarierter Stück 11, 75, 9, 75 M. Prima Dreil-Tischtücher, schwere Qual., 135×190 cm Stück 43 M. Batist-Taschentücher mit Hohlnaht, gestickter Ecke, gepunktet Rand Stück 4, 90, 3, 45, 3, 25 M.



Wenn Sie Ihr Essen bereiten

oder Ihren Kaffee kochen, können Sie die gleiche Herdhitze, ohne Mehrkosten, zum Waschen ausnutzen. Sie lösen

PERSIL

im Wasserkessel auf, tun sofort Ihre Wäsche hinein, stellen das Gefäß auf den Herd und lassen die Wäsche eine Viertelstunde lang mitkochen.

Schon ist die Arbeit fertig!

Die Wäsche ist völlig sauber, blütenweiss, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Sie sparen Zeit, Kohlen, Arbeit, Geld!

Sorgen Sie daher, daß Persil niemals in Ihrem Haushalt fehlt, es ist wieder überall in bekannter Güte erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Preis das Paket Mk. 4.—

Alleinige Hersteller **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der allbekanntesten „JENKO“ Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Beachtet bei Einkäufen unsere Inserenten!

Verbandstag der Metallarbeiter

5. Verhandlungstag.

Buse-Bielefeld (S. P. D.): Falls die Tätigkeit in gleicher Weise wie während der letzten zwei Jahre fortgesetzt wird, so findet sie die volle Unterstützung meiner Freunde. Was wir Dikmann und den neuen Vorstandsmitgliedern zum Vorwurf machen, ist der Umstand, daß sie auf dem Stuttgarter Kongress nicht erschienen hätten, daß nur so gearbeitet werden kann. Sachlich können wir uns auf den Boden des Kollegen Dikmann stellen. Zurückweisen muß ich, was Walcher (S. P. D.) gegenüber unseren ausländischen Gästen gesagt hat, namentlich gegenüber Kruppa (Ungarn). Nur der Reaktion haben die Kommunisten genügt. (Stürmische Zusage der Kommunisten: Wer hat die Orgel geschlagen? Es waren Koste, Heine, Seveking.) Wo nach kommunistischen Methoden gekämpft war, ist die Arbeiterschaft abgeklärt.

Hegler-Heilbronn (U. S. P. D.): Da der Vorstand und Beirat aus verschiedenen Richtungen zusammengesetzt ist, und kollektiv zusammen gearbeitet hat, hätte man erwarten können, daß hier in manchen Fragen (eine Anweisung auf die Neuwahl und andere Vorgänge der ersten Tage. D. Ver.) anders gehandelt worden wäre. Hoffentlich ist das Ende besser als der Anfang.

Ein großes Sehnen nach Einigkeit geht durch die Massen. Der Vorwurf der Kommunisten, es bestehe zwischen der S. P. D. und U. S. P. D. kein Unterschied, berührt uns nicht. Ich für mein Teil wünsche, daß die Fraktionsbildungen verschwinden. Es freut mich, daß sich die S. P. D.-Fraktion in ihrer Resolution auf den Boden des Klassenkampfes stellt. Noch auf einer früheren Generalversammlung ist der Vorstand so glimpflich weggekommen wie hier. Haas hat zwar kritisiert, aber seine Kritik war auf

Konvulse für Stuttgart

eingestellt. Im übrigen selbst mußten die Redner der S. P. D. die Tätigkeit des Vorstandes anerkennen. Diesem Vorstand müssen wir auch für die nächsten Jahre die Leitung anvertrauen.

Braß-Kemlich (S. P. D.): Die von der S. P. D. und U. S. P. D. gepredigte Einheitsfront ist eine Täuschung, denn diese Einheitsfront richtet sich gegen die Kommunisten. Redner verteidigt die kommunistische Zellenbildung in den Gewerkschaften und erklärt, daß die anderen Richtungen ja ebenfalls ihre politischen Auffassungen in den Gewerkschaften durchsetzen wollen.

Damit waren die drei Rednergarnituren zu Wort gekommen und der Verbandstag trat in eine allgemeine Debatte ein, nachdem vorher noch Kummert (S. P. D.) einen Antrag eingebracht, sämtliche periodischen Zeitschriften des Verbandes der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung zu unterstellen.

Frießel-Chemnitz (S. P. D.) verlangt erhöhte Aufmerksamkeit für das Lehrlingswesen, an dem die neue Zeit fast spurlos vorübergegangen sei.

Emil Barth-Berlin (U. S. P. D.) verbreitet sich über den Streit bei Löwe und warnt vor einer allzu starken Dezentralisation im Bildungswesen der Betriebsräte. Schaffe der Metallarbeiter-Verband eigene Asteorgane, so werden darunter die allgemeinen Einrichtungen leiden.

Weyl-Saarbrücken (S. P. D.) bespricht die Verhältnisse im Saargebiet und Petersen-Hamburg (S. P. D.) die Bewegungen auf dem Westen und die Gefühle der Wertbestitzer, denen der Vorstand seine besondere Aufmerksamkeit widmen müsse.

Sander-Dresden (U. S. P.) sagt, daß im Gegensatz zu der Anknüpfung Haas am ersten Sitzungstag noch kein früherer Vorstand so wenig im Brennpunkt der Debatte gestanden hätte wie der jetzige. Er verbreitet sich noch über die Frage Amsterdam-Moskau und über die Einigung des Proletariats.

Kraus-Stuttgart (S. P. D.) kommt auf das Verhältnis des Vorstandes zur Stuttgarter Ortsverwaltung zu sprechen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme, so daß Dikmann das Schlußwort bekommen kann.

Er erläutert eingangs die im Laufe der Debatte geäußerten Wünsche und Ausstellungen, um dann auf die im Laufe der Debatte gemachten kritischen Betrachtungen einzugehen. Daß der Verband bei Anstellungen einseitig vorgegangen sei, sei nicht richtig, vielmehr seien seit dem Stuttgarter Verbandstag Anhänger aller drei Fraktionen im Hauptbüro angesetzt worden. Selbstverständlich sei das Urteil über Qualifikation und Befähigung verschieden. Wenn Lang vom Verbandsauschuss in seinem Bericht bezweifelte, daß durch die kommunistische Reichskonferenz der Metallarbeiter-Verband geschädigt worden sei, so verstehen er und ferner auch die Delegierten diese Zweifel nicht. Nicht nur um Millionen sei der Verband durch die kommunistischen Methoden geschädigt worden, sondern es entstand auch ein äbles Chaos, und die Arbeiter seien auf schwerste zurückgeworfen worden.

Wundern müsse er sich über die kommunistischen Redner. Keiner sei eingegangen auf den Streit Moskau-Amsterdam, keiner auf die gewerkschaftlichen Richtlinien der S. P. D., auf die Beschimpfungen der Gewerkschaftsangehörigen als „Kettenhunde der Bourgeoisie“ durch Sinowjew, keiner auf die Verteilung, die seien gelb. Man tat es nicht, weil man es hier nicht wagen kann. (Lebhaftes Bravo.)

Vorgeworfen wurde uns, wir hätten im Jahre 1919 die Arbeitersgemeinschaft abgelehnt, später aber in Arbeitersgemeinschaften gearbeitet. Wir lehnen die Arbeitersgemeinschaft als Einrichtung zur Wahrung gemeinsamer Interessen von Kapital und Arbeit auch heute noch ab, aber eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern haben wir noch nie abgelehnt. Haas hat auch daran erinnert, es sei kaum noch vom revolutionären Kampf die Rede. Nun, Bebel hat einmal gesagt, er verpflichte sich, eine Gewerkschaftszeitung in sozialdemokratischer, ohne je das Wort Sozialismus zu gebrauchen. Nicht auf das Wort kommt es an, sondern auf die Sache. Und wir wollen den proletarischen Klassenkampf nicht preisgeben. Dazu ist weiter zu bemerken, daß ein Teil der hier vorgetragenen Zitate aus meinen Reden auf dem Stuttgarter Verbandstag gerade dort abhören, wo, würde weiter verlesen werden, der Sinn denn doch ein anderer geworden wäre. Was ich in Stuttgart sagte, ist von Sozialdemokraten vor dem Kriege immer betont worden, daß nämlich die deutsche Wirtschaft für den Sozialismus reif ist.

Noch ein Wort gegen die Kommunisten. Wir glauben keineswegs, durch Reformismus das Ziel erreichen zu können, wie die Kommunisten uns unterscheiden, sondern nur durch Kampf und Kraft gegen Brüst mit dem Kapitalismus. Aber man kann den Gegner nur besiegen durch eine geschlossene Front. Werfen wir aber mit zerrissener Front den Gegner nieder und schlagen uns, wie es vielfach der Fall war, drei Tage darauf gegenseitig die Köpfe ein, so grüßelt mir vor dieser Einheitsfront. Wenn ich von der Einheitsfront spreche, so habe ich dabei im Auge, auch die Kopfarbeiter und die Zwischenschichten herüberzuziehen.

Nachdem Dikmann um Ueberweisung der Resolution Kummert über die einheitliche Redaktion aller periodischen Zeitschriften des Verbandes an den Vorstand und um Ablehnung einer von den Kommunisten eingebrachten Resolution allgemeinen Charakters ersucht hat, schließt er etwa:

Nicht der U. S. P. D. wird auf diesem Verbandstag der Gehör gelang, wie der Kommunist Wegmann meinte, sondern die Zerrissenheit des Proletariats soll beseitigt werden.

Nach meiner ganzen politischen Einstellung wäre es eine Torheit, wenn ich die kommunistischen Arbeiter misse wolle. Aber dem Einigungsprozeß muß ein Klärungsprozeß vorangehen. Was hiesige Blatt meinte, ich sei etwas müde und resigniert geworden. Ich bin weder müde noch resigniert. Mit aller Treue und aller Kraft werde ich den Kampf führen, ob an dieser oder einer anderen Stelle, und ich hoffe, daß der Zeitpunkt bald eintritt, wo wir alle in Reih und Glied gemeinsam auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes in proletarischer Treue zusammenwirken. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

In der Abend Sitzung erfolgt zunächst eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Eine von der kommunistischen Fraktion verteilte Erklärung besagt, daß die Richtlinien der Gewerkschaften für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften keine Verpflichtung zur Befolgung des Verbandsstatuts oder irgendwelcher Verbandsbeschlüsse enthalten.

Es beginnt alsdann die Abstimmung über die eingelaufenen Anträge, die teils als erledigt erklärt, teils dem Vorstand überwiesen werden. Angenommen wurde ein Antrag Usbach, der die Aufhebung des Belagerungsstandes und der Sondergerichte in Preußen und die Auflösung der Degesch-Organisation fordert. Ferner fand ein Antrag Annahme, wonach der Vorstand Schritte unternehmen soll, die Herstellung von Kriegsmunition und Kriegsmaterial zu unterbinden.

Es folgen die Beratungen des Statutenentwurfes. Unter anderem wurde angenommen die folgende veränderte Fassung des § 1 Absatz 2: „Der deutsche Metallarbeiter-Verband steht auf dem Boden des Klassenkampfes. Er erstrebt die Ueberleitung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische.“

Die Russlandhilfe

Die Spaltungsversuche der Kommunisten

Die kommunistische Partei und die „rote Fahne“ bringen tagtäglich neue Kurios und Polemiken über die Einheitlichkeit der Russlandhilfe. Die Arbeiterschaft wird durch diese Dinge dermaßen verwirrt, daß man zweifellos daraus schließen kann, daß es der S. P. D. nicht so sehr auf die Hilfe für Russland ankommt, als darauf, ihre parteigegensätzlichen Ziele zu verfolgen. Es erscheint außerdem ein tägliches „Bulletin“ des sogenannten „Auslandskomitees zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Russland“ unter der Leitung von Wills Münzenberg. Unzweifelhaft sind diese Verhältnisse dazu angetan, recht viel Geld, das für die Hungernden notwendig gebraucht wird, zu vergeuden. In dem Artikel im „Vorwärts“ und in der „Freiheit“ vom 18. August haben wir bereits die Unterlagen zu einer einheitlichen Sammlung in Berlin der Öffentlichkeit mitgeteilt, worauf bisher weder die S. P. D. noch die „rote Fahne“ geantwortet haben. Es ist notwendig, noch einmal hierauf zurückzukommen, weil jetzt die S. P. D. in den Betrieben unsere Hilfsaktion dadurch zu untergraben versucht, daß sie der Welt weismachen will, sie habe eine Kontrollkommission, bestehend aus den Vertretern aller drei Parteien, zur Ueberwachung der Gelder bei den Gewerkschaften verlangt. Wir teilen nachstehend nochmals die zwei Schreiben mit, die schon in dem oben angeführten Artikel veröffentlicht wurden; sie lassen klar erkennen, daß von einer Kontrollkommission gar keine Rede war.

Am 6. August landten wir folgendes Schreiben an die S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg, zu Händen des Herrn Friesland:

Wir bestätigen hiermit das heute am 6. August mit dem Genossen Friesland geführte Telefongespräch über die Einleitung von Sammlungen für die Russlandhilfe. Genosse Friesland erklärte, daß der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der kommunistischen Partei die von der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung herausgegebenen Sammellisten unterkäufte. Auf eine weitere Anfrage des Genossen Friesland, ob die Gewerkschaftskommission auch bereit sei, außer Geldsammlungen noch sonstige Hilfsaktionen in die Wege zu leiten, wie z. B. die Aufnahme von russischen Kindern, erklärte Bollmerhaus, daß dies zum Teil die Parteien, aber auch die Gewerkschaften ablehnen müßten, da wir uns ja selbst bemühen, deutsche Kinder ins Ausland zu schicken, und es wäre nicht angedacht, in eine fremde Familie noch einen schwereren Kranken aufzunehmen. Vorläufig könne es nur bei Geldsammlungen bleiben. Die so gesammelten Gelder werden dem Hilfskomitee für Russlandhilfe zugeführt.

Am 9. August erhielten wir folgende Bestätigung: „Wir bestätigen hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 6. 8. mit der Uebergabe eines Telefongesprächs zwischen



Enorm billig

zeugen Sie sich selbst davon - wir zeigen Ihnen gerne alles, ohne jeden Kaufzwang - und Sie werden bestimmt unser dauernder Kunde werden. Besichtigen Sie bitte unsere Schaufenster, da wir hier nur wenige Beispiele anführen können.



98⁵⁰
mahagonifarbig,
Spangenschuh
hoher amerika-
nischer Absatz

Goldklöber, echt Chevreau, und Chromleder-Spangenschuhe .. 75 ⁰⁰	Braune Wildled. (echt Samt-Kalbled.) Schnürschuhe, streng modern, enorm billig. 138 ⁰⁰	Herrenstiefel 72 ⁰⁰ schwarz, Derbyschnitt, gute dauerhafte Qualität	Braune Herrenstiefel, moderne Form
Mahagonifarbone Schnür-, Knöchel- und Spangenschuhe, spitze, moderne Form 98 ⁵⁰	Ganz Lack-Schnürschuhe moderne Form	Echt Rind-Box calf-Herren-Schnürstiefel, gute Qualität	Knabenstiefel, 36, 38, 40, 42, Box zur Einsegnung, 148, 50 98, 50 69 ⁰⁰
Braune Schnürschuhe, moderne Form	Echt Chevreau-Schnürschuh, Original Goodyear-Welt, feinstes Fabrikat	Echt Rind-Box calf-Herren-Schnürstiefel, Derby, moderne Form	Kinderstiefel, echt Rind-Box, gute Qual. 31, 33, 37, 39, 41, 43 64, 00 49, 00 36, 00
Echte R.-Chevr.-u. Chromleder-Schnürschuhe mit echter Lackkappe, moderne Form	Echte Wildchevr.-Schnürstiefel, bestes Fabrikat	Echt Box-Herr.-Schnürstiefel u. echt R.-Box Zugsstiefel	In ganz feinen Ausführungen, mit hohem Schnitt, sehr billig
Echt Box- u. echt R.-Chevreau-Schnürschuhe mit und ohne Lackk., best. Fabrik., 139, 50 149, 50 135 ⁰⁰	Echt Box-, Chevr.-, R.-Chevr.-u. R.-Box-Schnürstiefel, erstklass. Fabrikat 108, 50, 148, 50 135 ⁰⁰	la R.-Box-Herren-Schnürstiefel, bestes Fabrikat 125, 00 168 ⁵⁰	Turnschuhe, Sandalen, Haus- und Reiseschuhe, in Leder und Stoff, allerhand Ausführung, sehr preiswert
E.P.-Chevr. u. R.-Box calf-Spangenschuhe mit hohen und flachen Absatz, m. Fleck-Absatz. 98, 50 135 ⁰⁰	Einsegnungs-Stiefel für junge Damen, 36-38, sehr preiswert	la R.-Box- und echt P.-Chevreau-Herr.-Schnürstiefel, feinstes Orig. Goodyear-Welt-Ausf. 225, 00 198 ⁵⁰	

Bernada-Schuh

Engros-Etage: Kronenstraße 32, 1 Treppe, an der Jerusalemer Str. Untergrundbahnhof Hausvogteiplatz, auch Durchgang Leipziger Straße 82, vis à vis Tietz
 Weitere Verkaufsstellen: erstinstot: Turmstr. 31 Ecke Wilhelmshavener Str. Friedenau, Rheinstraße 35 Moukötlin, Berliner Straße 50
 3., Kottbusser Damm 7 N., Müllerstraße 143a, Ecke Ostender Straße

Ihnen und dem Genossen Friesland sowie den Empfang der Abschrift eines Schreibens an die russische Gesandtschaft, zu Händen des Herrn Jannow. Wir beschließen noch einmal, daß wir die Sammlungen auf die Sammelstellen der Berliner Gewerkschaftskommission in jeder Weise unterstützen werden, daß wir uns aber für sonstige Hilfsarbeiten freie Hand vorbehalten.

Die Gewerkschaften sind aus allen drei Parteirichtungen zusammengekehrt und müssen es von vornherein ablehnen, sich in der Behandlung ihrer Aufgaben besonders kontrollieren zu lassen, da das Finanzgebahren der Gewerkschaften bis zur heutigen Stunde von aller Welt als einwandfrei anerkannt wird. Der U. D. G. B. ebenso wie die Gewerkschaftskommission haben hierfür die Revisionen, die in den Generalversammlungen ohne Rücksicht auf die Parteistellung gewählt werden. In der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission arbeiten Kommunisten, S. P. D. und U. S. P. D. gemeinschaftlich. Diese Revisionen sind auch die Ueberwachung der Rußlandgelder anvertraut.

In den letzten Tagen machen besondere Notizen in der Presse die Runde, wonach wir Bedingungen an unsere Sammelstellen gestellt hätten. Unter anderem hat sich besonders der Kollege Ziska vom Deutschen Metallarbeiter-Verband gegen diese Unterstellungen zu wehren. Wenn man das als „Bedingung“ auffaßt, daß man Sicherheiten dafür schaffen will, daß die gesammelten Beträge auch wirklich den Kollektanden in Rußland zugeführt werden, dann kann man nichts dagegen haben. Denn schon die Auflösung des russischen Hilfskomitees hat zu Bedenken Anlaß gegeben. Ferner kann es die deutsche Arbeiterchaft nicht verstehen, wenn alles auf die Hilfe für Rußland eingestellt wird, daß dann zur Unterhaltung kommunistischer Bestrebungen Rußland Summen ins Ausland wirft und besonders nach Deutschland, die unter Umständen viel höher sind, als die unter größten Anstrengungen in Deutschland aufgebracht werden können. Wir wissen nicht, ob ein Gerücht den Tatsachen entspricht, wonach in der letzten Zeit wiederum etliche Missionen der deutschen kommunistischen Partei zur Verfügung gestellt worden sind. Um aber vollständige Klarheit wegen der Bedingungen zu schaffen, ist es notwendig folgenden Brief, den wir am 6. August, also vor der Veröffentlichung unseres Aufrufes, an die russische Gesandtschaft, zu Händen des Herrn Jannow, richteten, zur allgemeinen Kenntnis zu bringen:

„Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen, die die Herren Emil Barth und C. Gulard inoffiziell mit Ihnen hatten, teilen wir mit, daß wir die Sammlung für die Rußlandhilfe von uns aus in die Wege leiten und daß wir daran irgendwelche Bedingungen nicht knüpfen, jedoch erwarten, daß Ihre Regierung, sowie die kommunistische Internationale, insbesondere deren Sektion Deutschland und die Rote Gewerkschafts-Internationale in Moskau, den persönlich gefälligen Kampf gegen die Amtsdamer Gewerkschafts-Internationale während dieser Sammelstellenhinführung, um den Erfolg der Sammlung nicht zu beeinträchtigen.“

Eine Abschrift dieses Schreibens haben wir auch der kommunistischen Partei, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, zur Kenntnisnahme überhandt. Mit dieser Darstellung dürfte wohl die Quertreiberei der S. P. D. und der „Roten Fahne“ karggestellt sein. Die Arbeiterchaft wird daraus die Folgerungen ziehen und sich nur an der Sammlung der Gewerkschaftskommission und des Via-Bundes, Ortspartei Groß-Berlin, beteiligen. Das finden wir ja auch bereits ausgedrückt in der Gegenüberstellung der Sammlen, die uns zulleihen und der, die die „Rote Fahne“ bisher veröffentlicht hat.

Wir fordern alle Beamten, Angestellten, und Arbeiter auf, in der Sammlung nicht zu erlahmen, damit das große Werk nicht leidet.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission
Berlins und Umgegend.
C. Bollmerhaus.

Geschleuterte Verhandlungen in der Holzindustrie

Nach den ergebnislosen Verhandlungen im Schlichtungsausschuh Groß-Berlin wurde auf Grund des in dieser Instanz gefassten Beschlusses erneut eine Verhandlungsbasis den Berliner Holzindustriellen unterbreitet, auf die Verhandlungen auf derselben fortzusetzen. Die Parteien traten auch am Donnerstag, den 15. d. M. zusammen, um nochmals zu versuchen, ob eine Ueberbrückung der Gegensätze möglich ist. Die Berliner Arbeitgeber verlangten, doch in die Beratung ihrer Anträge einzutreten, um zu sehen, welche grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Es muß festgestellt werden, daß der Widerstand rein parteipolitischer Natur war, indem, daß man die wenigen Rechte, die durch das Betriebsrätegesetz der Arbeitnehmervertretung zugestanden sind, noch versucht zu schmälern. Das vertragliche Recht, welches dem Vertrauensmann auf reichszentraler Grundlage im Mantelvertrag geschaffen ist, wollte man unter allen Umständen ausmerzen. Die Beratungen über die Verhütung von Unfallsgefahren sind Gegenstand ihres ablehnenden Verhaltens, denn das ist alles, was man dem Betriebsvertrauensmann als Recht zugestehen will. Die fadensteinigsten Argumente mußten herhalten, um die Forde-

rungen der Holzarbeiter, wie Ferienfrage, Regelung der Akkordarbeit usw. als unannehmbar zu bezeichnen. Da im ganzen Reich alle diese Bestimmungen für ca. 150.000 Arbeitnehmer abgeschlossen sind, wäre es ein Verbrechen, für die Berliner Holzarbeiter schlechtere Bedingungen anzuerkennen. Nachdem die Verhandlungskommission sich 8 Stunden mit dieser Materie beschäftigt hatte und die Schwarzmacher der Holzindustrie von ihren Anträgen nicht abließen, wurden die Verhandlungen resultatlos abgebrochen. Damit ist das Feld der Verhandlungen recht klar geworden. Die Berliner Holzarbeiter werden nun erkennen, mit welchen rigorosen Maßnahmen man gedenkt, sie auf die Stule zu zwingen. Die Fortsetzung des Kampfes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ist nur die Antwort, und daß die Berliner Holzarbeiter dazu bereit sind, hat die Einkinnigkeit der am 14. September 1921 ca. 10.000 versammelten Holzarbeiter bewiesen. Daß die Arbeitnehmer den Frieden wollen, haben sie durch ihre wiederholten Verhandlungsangebote gezeigt. Da die Arbeitgeber den Kampf wollen, werden die Berliner Holzarbeiter ihn führen.

Betriebsräteschule

- An den Montag, den 19. September 1921, beginnenden Kursen der Betriebsräteschule können noch neue Hörer teilnehmen.
- Unterrichtsstätte Berlin NW, Friedrich-Werdersches Gymnasium, Bochumer Str. 8b, nachmittags 5 Uhr:** „Einführung in Staats- und Rechtslehre“ (Zimmer 302); „Vorbereitung und Bilanz als Kontrollmittel“ (Zimmer 301), abends 7 Uhr: „Soziale Hygiene“ (Zimmer 302).
- Unterrichtsstätte Berlin N, Gemeindeschule, Mütticher Str. 48, nachmittags 5 Uhr:** „Einführung in den Marxismus“ (Zimmer 14); „Fabrikorganisation“ (Zimmer 65); abends 7 Uhr: „Die moderne Industrieunternehmung in Technik und Wirtschaft“ (Zimmer 65).
- Unterrichtsstätte Berlin SO, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, abends 7 Uhr:** „Lebenshaltungs- und Arbeitsstatistik“ (Zimmer 18).
- Unterrichtsstätte Berlin O, Köstliche höhere Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Markthauer Platz 6/8, nachmittags 5 Uhr:** „Organisation von Kohle- und Elektrizitätswirtschaft“ (Zimmer 116); abends 7 Uhr: „Das Taylorsystem“ (Zimmer 120).
- Dienstag, den 20. September 1921, beginnen folgende Kurse und können noch belegt werden:**
- Unterrichtsstätte Berlin E, Sophien-Lyceum, Weinmeisterstraße 16/17, nachmittags 5 Uhr:** „Wirtschaftsgeographie“ (Zimmer 14); abends 7 Uhr: „Praktische Steuerlehre“ (Zimmer 14).
- Unterrichtsstätte Berlin NW, Friedrich-Werdersches Gymnasium, Bochumer Str. 8b, nachmittags 5 Uhr:** „Die moderne Industrieunternehmung in Technik und Wirtschaft“ (Zimmer 301); abends 7 Uhr: „Handelsrechtliche Fragen für Betriebsräte“ (Zimmer 302); „Sozialversicherungsprogramme“ (Zimmer 301).
- Unterrichtsstätte Berlin N, Gemeindeschule, Mütticher Str. 48, abends 7 Uhr:** „Gewerkschaftslehre“ (Zimmer 65).
- Unterrichtsstätte Berlin SO, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, nachmittags 5 Uhr:** „Unternehmensformen und Kapitalkonzentration“ (Zimmer 18); abends 7 Uhr: „Buchhaltung und Bilanz als Kontrollmittel“ (Zimmer 18); „Die Hauptfragen der Sozialisierung“ (Zimmer 19).
- Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten können an diesen Kursen teilnehmen. Sie erhalten Hörerkarten zum Preise von 6 M. (für Gewerkschaftsmitglieder unentgeltlich) im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, SO 16, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1. Etage können sie sich ohne vorherige Anmeldung in die Kurse begeben und die Hörergebühr bei dem in der ersten Unterrichtsstunde zu wählenden Vertrauensmann hinterlegen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Abteilung Nähtschule.

Der Zugang ausländischer Arbeiter

Die Zulassung ausländischer Arbeiter in Deutschland soll nach einer neueren Verfügung des Reichsarbeitsministers verschärft überwacht werden. Grundgedanke soll sein, daß ausländische Arbeiter nur im Falle eines zwingenden wirtschaftlichen Bedürfnisses zugelassen werden, also nur dann, wenn ein Bedarf im Einzelfall nicht durch geeignete deutsche Arbeiter gedeckt werden kann. Dieser Grundgedanke ist nicht neu, er wurde aber zumal in der Landwirtschaft nur lax durchgeführt. Das Streben der deutschen Landwirte, den ausländischen Arbeiter als billige und willige Arbeitskraft gegen den deutschen Arbeiter auszuspielen, führte dazu, daß trotz bestehender Vorkehrungen ausländische Arbeiter in großer Zahl zugezogen wurden. Gewissenlose Agenten und Landwirte wußten die Arbeitsnachweise zu umgehen. Es dürfte sich die Zahl der in der deutschen Landwirtschaft tätigen Ausländer auf 150.000 bis 160.000 belaufen. Wenn die neue Verfügung angefaßt der Arbeitslosigkeit im eigenen Lande diesen Zustrom eindämmt, so ist das den fortgesetzten Bemühungen des Landarbeitervereins zu danken.

In Zukunft soll die Kontrolle der Einstellung ausländischer Arbeiter unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erfolgen. Für die Zulassung ausländischer Landarbeiter ist bestimmt worden, daß

jeder diesbezügliche Antrag eines Arbeitgebers zunächst der Prüfung eines paritätischen Ausschusses landwirtschaftlicher Unternehmer und Arbeiter unterzogen wird, wobei auch der zuständige Arbeitsnachweis als Gutachter gehört werden muß. Die so geprüften Anträge sollen dann an den zuständigen Arbeitsamt weitergegeben werden. Hier erfolgt die Entscheidung durch den paritätischen landwirtschaftlichen Sachausschuh oder, falls solcher nicht besteht, durch einen besonders zu bildenden paritätischen Ausschuh landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieser Ausschuh soll die Pflicht haben, zunächst festzustellen, ob der Bedarf nicht durch Zuführung geeigneter deutscher Arbeitskräfte aus anderen Bezirken gedeckt werden kann, unter Beachtung des Gesichtspunktes, daß erreicht werden muß, daß die landwirtschaftliche Produktion wieder unabhängig vom Zuzuge ausländischer Arbeiter wird. Genehmigungen sollen daher nur erteilt werden und unter Umständen von der Arbeitgeber abhängig gemacht werden, daß der Arbeitgeber sich verpflichtet geeignete Wohnungen für einheimische Landarbeiter herzustellen und solche nur deutschen Arbeitsschäften zu überlassen.

Eintretensfalls für ausländische Industriearbeiter sollen, wie bisher schon, nur erteilt werden, wenn die für den Zielerfolg unabhingige Behörde in jedem Einzelfall dem Zuzug zustimmt nach Anhörung des Landesarbeitsamtes. Die Genehmigung soll nicht erfolgen, wenn ein Bedürfnis oder eine Unterfunktionsschließheit nicht besteht. Das Gutachten der Landesarbeitsämter soll durch den betreffenden paritätischen Sachausschuh erfolgen, wobei der Arbeitsnachweis des Zielerfolgs vorher zu hören ist. Auch hier soll die Genehmigung nur erteilt erfolgen und in geeigneten Fällen von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden. So im besonderen, daß der betreffende Arbeitgeber deutsche Arbeitskräfte in genügender Zahl anstellt, um Ausländer allmählich ersetzen zu können. Den Landesarbeitsämtern wird als besondere Pflicht zugewiesen, den Umfang der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte sorgfältig zu beobachten und die Industrie zum Ersatz durch deutsche Arbeiter, durch Umlernung und Ueberberatung zu drängen. Mit der neuen Verfügung hat man die Ueberwachung des Zuzuges ausländischer Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie in die Hände paritätischer Körperchaften gelegt.

Es wird nun Aufgabe unserer Verbände sein, daß diese Verordnung nicht im formalen Geiste gehandhabt wird. Bei der Sorge dafür getragen werden, daß Agrarier und Industrielle ausländische Arbeitskräfte nicht als Lohnrücken verwenden. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß diese ausländischen Arbeiter reiflos gewerkschaftlich erzieht werden, um den besonderen ausbeuterischen Wünschen der Unternehmer entgegenzuarbeiten.

Zum Streik in der Filmindustrie. Durch Ueberfüllung des Reichsarbeitsministeriums war es nicht möglich, heute in Sachen „Filmstreik“ zu verhandeln. Das zuständige Dezernat hat die Sitzung für Dienstag, den 20., 10 Uhr vormittags, anberaumt. Die beiderseitigen Kommissionen sind bereits ernannt. Sollte nicht erwarten eine Abgabe der Arbeitnehmerorganisation erfolgen, wird das Reichsarbeitsministerium eintriften.

Die Arbeitgeber versuchen eine neue Taktik einzuschlagen, um die Einheitsfront der Streikenden zu zerbrechen. Auf Grund von Verzögerungen, die in den Tagesblättern erscheinen, suchen sie Arbeitswillige. Wir sind überzeugt, daß sie sich damit aber bei den Arbeitslosen verrechnet haben. Die Streikenden sehen den weiteren Dingen mit Ruhe entgegen. Wir erziehen die organisierte Arbeiterchaft, sämtliche Arbeitslose darauf hinzuwirken, daß in der Filmindustrie während der Dauer des Streiks keinerlei Arbeit angenommen werden darf. Die für Montag angekündigte Streikversammlung findet nicht statt, neuer Termin wird noch bekanntgegeben.

Verwaltungsmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Bezirksleiter und Branchenleiter ersuchen wir, um umgehend, spätestens aber bis zum 22. d. M., gezeichnete Vorklagen von Kollegen zu unterbreiten, die gemittelt sind, das Amt eines Schöffen oder Geschworenen für das Jahr 1922 anzunehmen. Die Vorklagen geeigneter Kollegen (es können nur Kollegen über 30 Jahre in Frage), die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, sind mit genauer Adressenangabe bis zum oben angegebenen Termin an uns zu übermitteln. Die Ortsverwaltung, Gewerkschaftliche Metallarbeiter. Die Kollegen, welche in der Breiten Straße 37 Erwerbslosenunterstützung noch nach dem 1. August d. J. bezogen und noch nicht ihre erhöhten Sätze erhalten haben, ersuchen wir, unter Vorlegung der entsprechenden Ausweisepapiere diese abholen zu lassen.

Zentralbetriebsrat der Köstlichen Betriebe und Verwaltungsgewerkschaft am Mittwoch, den 21. September 1921, vormittags 10 Uhr, Breite Str. 11. Die Wichtigkeit der Tagesordnung fordert pöhlliches und pünktliches Erscheinen.

Mittgliederversammlung der Rifenmacher. Montag, den 19. d. M., abends 6 1/2 Uhr, in der Schulaula, Markthauerstr. 11. Tagesordnung: 1. Ändere Feuerungsanlage. 2. Referat: „Die Bedeutung der Fachausweise.“ Referent: Kollege Springer.

Verband der Köstlichen und Hausarbeitler. Am Montag, den 19. September, nachm. 4 1/2 Uhr, findet bei Grammann, Rammstr. 27, eine Vorstanderversammlung für alle in den Köstlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: 1. Gedenken an die neuen Akkordbedingungen im Köstlichen Gewerbe auch für die Fachausweise? 2. Verschiedenes. Pöhlliches und pünktliches Erscheinen aller Beteiligten wird ermahnt.

Die Branchenleitung der Buchbinder-

Volksbekleidungs Gesellschaft m. b. H.

* BERLIN N 24 * FRIEDRICHSTRASSE NR 110-112 *

Verkauf im 2. Stock / Fahrstuhlbenutzung * Gegenüber der Karlsstraße * Kein Laden / Geöffnet von 8 1/2 bis 6 1/2 Uhr

Besonders günstige Angebote

Herren-Kleidung

Schlüpfer in weiten Formen, aus neuzeitlich gemustertem Cheviot, mit angewebtem Futter . . . M. 550

Jackett-Anzüge ein- und zweireihig, in verschiedenen Mustern, haltbare Zutaten. . . M. 500

Hosen durchgewebter Melton, vornehme Streifenmuster, sehr strapazierfähig M. 110

Stoffe

für Anzüge, Kostüme, Kleider und Blusen-Baumwollstoffe aller Art

Wäsche

in grosser Auswahl

Jeden Mittwoch billiger Resteverkauf

Damen-Kleidung

Schlüpfer aus weichen mollenen Flauschstoffen, weiten modernen Formen M. 345

Kostüme marengo, reich mit Tresse besetzt, Jacke Halbseide gefüttert M. 425

Röcke gestreift, mit geschmackvoller Knoopfgarnierung M. 35

HANDARBEITS

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

AUSSTELLUNG

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

unter Beteiligung von Kunstgewerblerinnen aus allen Teilen des Reiches. Eigene Erzeugnisse. Reiche Auswahl fertiger und gezeichneter Artikel aller Art. Erzeugnisse nach altbairischen Vorbildern, wie Schweden, Russland, Holland, Tirol, Siebenbürgen, Italien, Bulgarien, Kroatien, Hessen, Slowien. Kunstgewerblide russische Heimarbeit

Küchenschnitz "Ginsolles" vorgezeichnet Leitungsschoner... 12 ⁷⁵ Küchenischdecke 29 ⁰⁰ Paradehandtuch 29 ⁰⁰ Besenvorhang... 46 ⁰⁰	Neuheit	Deutsche Handarbeit	Neuheit	Mod. Kreuzstich- Arbeiten auf starkbige Stoffen Quadrate 2 ²⁵ Kissenplatten 14 ⁷⁵ Mittendecken 4 ⁷⁵ 24 ⁷⁵ Kaffeewärmer 12 ⁷⁵
	Fertig gestickt	Praktische Vorführung	Eleg. Ausführung	
	Decken 35x35 cm von 60 ⁰⁰ an	Ovale Büffetdecken 45x65 cm von 108 ⁰⁰ an	Ovale Büffetdecken 60x90 cm von 207 ⁰⁰ an	
	Mittendecken 60x60 cm von 150 ⁰⁰ an	Mittendecken 75x75 cm von 204 ⁰⁰ an	Runde Tischdecken 160 cm Durchm. von 842 ⁰⁰ an	
	Tischdecken 130x130 cm von 560 ⁰⁰ an	Tischdecken 160x160 cm von 1175 ⁰⁰ an		

Blusen Hemdbluse weicher, guter Baumwollensstoff, offen und geschlossen zu tragen 39 ⁵⁰ Hemdbluse prima baumwollener Färbung, Bandkragen, offen und geschlossen zu tragen 69 ⁵⁰ Reinwoll. Tuch-Kimonose 79 ⁵⁰ Trikot-Unterrock hoch gewellter Ansatz 39 ⁵⁰ Unterrock guter Satin, schöne Farben, hoher Ansatz 49 ⁵⁰	Damen-Bekleidung Moderne Mäntel aus gestreiften Stoffen, tolle Formen 290 ⁰⁰ Flusch-Mäntel aus hellen Stoffen 390 ⁰⁰ Uebergangsmäntel elegante tolle Formen, in hellen Tadelstoffen 690 ⁰⁰ Kittelkleider aus Wollstoffen, mit Stickerei 290 ⁰⁰ Blaue Kostüme aus Stoffe, fertig abgesetzt 390 ⁰⁰	Damen-Wäsche Damen-Hemd jeder Stoff, mit Stickerei auf Hobelraum gestickt 24 ⁵⁰ Damen-Beinkleid Knieform, vorzüglicher Stoff, mit Stickerei 26 ⁵⁰ Damen-Nachthemd feiner Stoff, mit Ausschnitt, Patentkragen u. Hobelraumverz. 46 ⁵⁰ Morgenrock aus Fluschstoff, Ockelform, mit einfarbiger Blende 95 ⁰⁰ Morgenrock aus Irkholstoff, leichte Form 165 ⁰⁰	Kinder-Bekleidung Kinder-Kleider 45-60 cm lang, peraltete warme bel. Stoffe, ca. 45 cm lang 29 ⁰⁰ weitere Gr. 2,- mehr Sport-Blusen für Knaben v. 5-14, aus warmen Flanelstoffen 36 ⁰⁰ weitere Gr. 1,50 mehr Sport-Hosen für Knaben v. 5-14, aus marine Cheval 49 ⁰⁰ weitere Gr. 2,- mehr 3 besonders preiswerte Herren- und Damen-Schirme mit Futural 49 ⁷⁵ mit Planierte grünen 79 ⁵⁰ mit echten Horowitzen 98 ⁰⁰
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

HERMANN TIETZ

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist **echter Hoost-Dreibohnenkaffee** Marke Hoost, halb und halb / Emho 20%, Bohnenkaffee / Hoost-Getreidekaffee M. Hoost, Berlin C 25, Prenzlauer Str. 46, Keibel-Strasse 11, Alexander 1470

Wintermäntel
für Damen, Herren und Knaben, in den Preislagen 150,-, 175,- und 200,- Mark. Einzelverkauf vorzüglich von 8-4 Uhr. Händler u. Besucher ersucht, Nicht zu bez. **Lola G.m.b.H., Bin. Friedenau** Kaiserallee 64/65, Sttg. 2. Stk. - Telefon: Rheinpark 1188. Straßenbahn: P, L, O, W, 81, 66, 69. **W i n t e r m ä n t e l** Wilmesdorf-Friedenau.

Spezialarzt i. Haut-, Harn-, Frauen- u. kind., Syphilis, Salvarsan, Jankuren, Blutunterz., Mannschwäche, Damen separ., 10-1, 4-7, Sonntags 10-12. **Brunnenstraße 185.** **Kropf** behandelt erfolgreich ohne Operation Schmerzen und ohne Verwundung. Bei Richter'sch. Gell. **W. Weiser, Brunnenstr. 191, Nähe Rosen- theater Platz. Sprechst. 10-12 u. 4-6, Sonnt. 10-12.**

Jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Verzeichnis der „Freiheit“-Expeditionen
Die Expeditionen sind geöffnet: Vormittags von 10-12 Uhr Nachmittags 2-6 Montags nur 3-6. **Sämtliche einschlägige Parteiliteratur in allen Expeditionen erhältlich. Anzeigen-Konkurrenz ebenfalls.**

Köpenicker Straße 145 \ Dritter Hof, im Fabrikgebäude Chaussee-Straße 76

Konkurrenzlos billig!
sind unsere Waren, denn sie stammen noch zum großen Teil aus deutschen, englischen und amerikanischen **Heeresbeständen**

Arbeits- u. Berufskleidung
Gummipelerinen Mk. 48.-
Lederwesten Mk. 125.-
Feldgraue Hosen von Mk. 98.- an
Blaue Monteur-Anzüge u. graue Dressanzüge Mk. 65.- bis 95.-
Feldgraue deutsche Uniformen Mk. 60.-
ferner amerikanische Uniformen, Wickelgamaschen, Cordhosen, Mäntel usw.

Wäsche
Hemden von Mk. 12.- an
Unterhosen von Mk. 5.- an

Schuhwaren
Militärschnürschuhe, sowie versch. andere Sorten von Mk. 90.- an

Werkzeuge und Handwerkzeug
zu unglaublich billigen Preisen!

B. Kaufmann & Co
G M B H
Köpenicker Straße 145 \ Dritter Hof im Fabrikgebäude Chaussee-Straße 76

Zentrum: Landexpedition, Breite Str. 8/9
Norden: Franke, Genter Str. 94; Fröhliche, Baustr. 60; Lehmann, Stargarder Str. 13; Rohmann, Hufschtr. 43; J. J., Adlerstr. 174;
Nordwesten: Franzen, Wittkoder Str. 19; Häberer Str. 16
Nordosten: Werner, Greifswalder Str. 29; Wühl, Choriner Str. 68
Osten: Bengels, Cadner Str. 11; Kolbe, Weberstr. 25
Südosten: Sinner, Staller Str. 101
Westen: Marie Dorina, Steinwegstr. 23
Süden: Jordan, Rest., Trebener Straße 24; Krüger, Wasserstr. 41 (Keller); Schäfer, Gneisenaustr. 70

Uderohof: Häckel, Kleingartenweg 8
Mit-Ostnische: Frau Krüger, Rudower Str. 72
Baumschulenweg: Hoffmann, Schraderstr. 11
Bernau: Prof. Mühlent. 7
Biesdorf: Häckel, Marabner Str. 26
Blankenburg-Buchholz: J. J., Vahndorfer Str. 24
Borsdorf-Grünau: Friedle, Vorwärtsstr. 12
Vorsigwalde: Gebauer, Schubertstr. 82
Veit: Wittig, Chausseest. 82
Vendmühle, St. Niederbarnim: J. Bensch, Buchholzer Str. 52
Charlottenburg: A. Sternstr., Königin-Elisabeth-Str. 6b; Köhne, Wallstr. 90
Eichwalde: Köhner, Bahnhofsstr. 89
Eckner: Wargelhan, Mittelstr. 10
Fichtenau bei Borsdorf: Krüger, Waldstr. 28, J. J.
Friedersdorf: Rechenberg, Range Str. 15
Friedenau: Petermann, Rheinstr. 28, Ede Königsbergstr. 1
Friedrichsfelde: Furmann, Viktoriastr. 1
Grünau-Jahnsdorf: Schöne, Köpenicker Str. 92
Heinersdorf: Winterhoff, Linienstr. 68
Hennigsdorf: Korbass, Wahrenstr. 8
Hermisdorf: Sorauer, Kottb.-Allee 2
Herzfelde: M. Smolbeck, Dauptstr. 75
Hohennendenorf: Müller, Schönlischer Str. 5
Hohenschönhausen: nach Exped. Weisenfer, Ranghansstr. 3, J. J.
Johannisdorf: Kieper, Friedrichstr. 88
Karlshorst: Bohmann, Dönhofsstr. 84
Kaulsdorf: Scholz, Zehstr. 8
Köpenick: J. J., Schlag, Rieher Str. 8

Rönigswusterhausen:
Döhning, Schwarzloppstr. 88, siehe Bildau
Lichtenberg: Rühlisch, Zadorfer Str. 25; Paul Schulte, Eitelstr. 80; Stimmig, Weichselstr. 28
Lichtenrade: J. J., Viktoriastr. 3
Lichterfelde: J. J., Kaiser-Wilhelmstr. 3
Lichterfelde-Ost: J. J., Bindeburgdamm 85
Mahlsdorf: Mertens, Wilhelmstr. 1
Mariensdorf: J. J., Chausseest. 29
Mariensfelde: Orntlich, Kirchstr. 27
Mittenwalde b. Berlin: Kallmann, Salzmarkt 9
Neuenhagen: J. J., N. Wenzke, Zigei-straße
Neuhölln: Krüger, Emser Str. 82
Wiele, Redarstr. 8
Niederschöneweide: Bronius, Pfeifstr. 23
Niederhöhnhausen: Seeger, Fischerstr. 65
Nowawes: Lauthel, Kirchstr. 8
Oberschöneweide: Kaul, Eismarktstr. 26
Oranienburg: Teinert, Lindenstraße 3
Pankow: Epiermann, Mühlent. 20
Potsdam: Schwablenbergstr. 2
Rahnsdorf: Schade, Wollweberstr. 1;
Reinickendorf-Ost: Bamberg, Weidenstr. 120;
Reinickendorf-West: Seidel, Volkshaus, Schwanenbrunnstr. 14/15;
Rosenthal: Gille, Bell, Niederstr. 3
Schmargendorf: Neuh. Breite Str. 3
Schöneberg: J. J., Weisgerstr. 27
Siemensstadt: J. J., Nonnendamm 92c
Spandau: J. J., Lindenauer 84
Staanen: J. J., Anferau, Schloßstr. 12
Straßau: Sonne, Poststr. 2
Seegefeld b. Spandau, Mantelstein, Gant-Edel Schonenbergstr.
Steglitz: Bernice, Rommelfstr. 69
Süden: Zwißler, Brandenburgerstr. 7
Tasdorf: Teige, Schulgenhöhe, Regelsdorfstr. 1
Tege: Eide, Brunowstr. 46
Teltow: Häckel, Rühlendorferstr. 87
Tempelhof: J. J., Kaiser-Wilhelm-Str. 13
Treptow: Weich, Rühlendorferstr. 18b
Velten: Wolke, Lützenstr. 40
Waldmannslust: Ernst, Gog. Platanenstr. 12
Weihensee: Naiche, Friedrichstr. 4
Wildau: Döhning, Schwarzloppstraße 88
Wilhelmsingen: Köhler, Volkstr. 24
Wilmesdorf: J. J., Reher, Poststr. 18
Wittenau: C. Holz, Oranienburger Str. 82
Zehlendorf: J. J., Wegener, Anst. 10
Zentrum: Behling, Bahustr. 2

Bezugspreis für die „Freiheit“ bei täglich zweimaligen Erscheinungen Mk. 12.- bei Haus, durch die Post bezogen Mk. 12.-, per Streifband für Deutschland Mk. 22.-, für das übrige Ausland Mk. 30.00, per Brief bezogen für Deutschland Mk. 60.-, für Ausland Mk. 97.-

Wir bitten, dieses Verzeichnis aufzubewahren und die in demselben angeführten Expeditionen bei Bestellungen der „Freiheit“, bei Aufträgen von Anzeigen und bei Überbestellungen in Anspruch zu nehmen.
Erfolgt jeder Best. hat an den Verlag direkt oder an die zuständige Expedition zu richten.
Der Verlag.

Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8/9
Werbt Abonnenten für die „Freiheit“!